

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Planusch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Mühlgr. 3, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Mühlgr. 5, Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961.

Pränumerando jährlicher Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Wer Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplar 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. einzeln. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Injektionsgebühr: die sechsgeleitete Beilage 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restamtteil Seite 60 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 405

Nr. 148.

Magdeburg, Sonnabend den 27. Juni 1908.

19. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten
Heute liegt die „Neue Welt“ Nr. 26 bei.

Der russisch-perfische Staatsstreich.

Das russisch-englische Friedensbündnis hat bereits seine ersten kriegerischen Früchte gezeitigt. Persien war ja nächst Mazedonien der Hauptgegenstand der Sorgen und Beratungen Eduards und Nikolaus' in Reval; und in Persiens Hauptstadt Teheran haben denn auch Kosaken und dem Schah ergebene perfische Truppen unter dem Kommando des russischen Generals Diakow das Parlament zusammengeschossen, Hunderte von Menschen hingeschlachtet, geraubt und geplündert, wie es russische Pogromsitte ist, und die Opposition in Ketten gelegt. Der Schah ist Sieger, aber sein Sieg macht ihn zum vollkommenen Sklaven des Zaren.

Der Schah, der schon als Kronprinz ein erbitterter Feind der von seinem Vater verliehenen Konstitution war und gegen sie wühlen ließ, bestieg den Thron mit dem Vorbehalt des Staatsstreichs und lag vom ersten Tage an mit dem Parlament im Streite. Sein erster Versuch, sich der Verfassung zu entledigen, endigte mit einer Niederlage. Aber trotz des scheinbaren Nachgebens setzte sich der Konflikt fort. Ministerium auf Ministerium mußte vom Platze weichen; der Schah sammelte Streitkräfte gegen das Parlament.

Doch je weniger er seinen eignen geliebten Untertanen trauen durfte, einen um so eifrigeren Helfer seiner Pläne fand er an Rußland. Vom Anfang seiner Herrschaft an bildeten Kosaken die eigentliche Leibgarde des Schahs. Ohne Aufsehen gingen immer neue Abteilungen von Kosaken über die Grenze und bald besorgte Rußland dem Schah auch den Organisator des Staatsstreichs. Vor 2 Monaten wurde der General Diakow in besonderer Mission an den persischen Hof geschickt. Von der Mission hat man weiter nichts gehört; besonderer Art war sie doch. Sie bestand nämlich darin, die Gegenrevolution militärisch vorzubereiten. Das sichtbare Wachen des russischen Einflusses, der Anblick der Kosaken, die den Palast und die Person des Herrschers umgaben, mehrten die Erbitterung des Volkes, die in dem verunglückten Attentat auf den Schah zum Ausbruch kam. Von jener Zeit an fühlte sich der Schah in seiner Residenz nicht mehr sicher.

Alles drängte zum Entscheidungskampf, um so mehr, als die Opposition, die wohl mußte, wessen sie sich von dem Herrscher zu versehen hatte, ihre Gegenmaßregeln ergriff. Der Prinz Fik es Sultan, der Onkel des Schahs, war das Haupt des Widerstandes. Man darf annehmen, daß sich die Opposition mit der Absicht trug, ihn — sollte der Kampf unvermeidlich werden — als Gegenkönig aufzustellen. Vor 14 Tagen unternahm der Schah seine fingierte Flucht aus der Hauptstadt. Es hieß damals, er wolle sich ins Ausland begeben, und das Parlament ließ den Herrscher wissen, es werde einen neuen Schah erwählen, falls er sich über die Grenzen flüchten sollte. Aber Muhammed Ali hatte ganz anderes im Sinn. In seiner Sommerresidenz Bagischah rüstete er die Expedition gegen das Parlament aus. Den Kern seines Ordnungsheeres bildeten die Kosaken, dazu persische Reiterei und das ihm treu ergebene Silahcar-Regiment. Diese Streitkräfte marschierten am Dienstag gegen die Hauptstadt. An das Parlament erließ der Herrscher zugleich die Aufforderung, die „Rebellen“ auszuliefern.

Die Opposition mußte seit Tagen, daß der letzte blutige Kampf herangekommen sei. Das Anstinnen des Schahs wurde abgewiesen. Die Anhänger der Opposition hatten sich im Parlamentsgebäude und in der benachbarten Woiwode verchanzt und begrüßten die heranrückenden Truppen mit Revolvergeschüssen und Bombenwürfen. Das war das Signal für General Diakow, der die Artillerie des Schahs kommandiert, das Feuer zu eröffnen. Ein regelmäßiges Bombardement auf das Parlament des eignen Staates ist immerhin ein neuartiges Ereignis. Der Russe besorgte sein Geschäft gründlich. Parlament, Moschee und die umliegenden Häuser liegen in Trümmern, und während an den Stadttore russische Maschinengewehre ihre Arbeit verrichteten, brachen die Kosaken nach trauter Heimatsitte in die Häuser ein, schlachteten hier alles, was sich bewegte, erbarmungslos ab, nicht ohne an den Begnern des Schahs die in Pogromszeiten üblichen Beruhigungsmittel anzuwenden, als da sind: Glieder abhacken, zu Tode prügeln usw. 800 Menschen sollen bei diesem Wüten zugrunde gegangen sein. Aber die Sache des Schahs triumphiert.

Danach soll der Schah die gefangenen Mitglieder der Opposition sofort haben hinrichten lassen. Das wäre die richtige Einleitung zu der von ihm gelobten und verheißenen Aufrechterhaltung der Konstitution! Indes

nicht um diese Komödie handelt es sich, sondern darum, daß sich der Schah unter russischer Hilfe wieder in die Macht eingesetzt hat und daß somit seine Regierung unter die russische Oberherrlichkeit fällt. Schon spricht man davon, daß Rußland beabsichtigt, die persischen Gebiete südlich des Kaspisches zu besetzen und so dieses Binnenmeer in einen russischen See zu verwandeln. Das wäre nur die Vorarbeit für die Unterjochung des ganzen Landes.

Gelingt es den persischen Revolutionären nicht, dem Schah den Preis des Sieges zu entreißen, so wandelt Persien unrettbar den Weg, den die Staaten Zentralasiens gegangen sind: um so sicherer, als England, das sich am Persischen Golf Kompensationen nehmen wird, dem einstigen Nebenbuhler sekundiert.

Wie die Kasgeier niedersteigen, wenn das Opfer fällt, so meldeten sich sofort nach der Schlacht gegen das Parlament der englische und der russische Gesandte, die Regisseure des Gemetzels, beim Schah und legten ihre Kostenrechnung vor.

Letzte Nachrichten.

* Teheran, 26. Juni. Der russische Kosakenoberst ist vom Schah zum Militärgouverneur von Teheran ernannt worden. Der Finanzminister Sani ed Dauleh, Abgeordneter Sadio Hassret und der Sekretär des Parlaments Muchber el Muek sind mit ihrer Familie in die italienische Gesandtschaft geflüchtet. Der Schah läßt täglich ein Haus bombardieren nach einer Proskriptionsliste. Jedes Bombardement ist mit gänzlichlicher Plünderung und Anraubung des Gebäudes verbunden. Sogar die Türfüllungen und Klappen sowie die Balken werden gestohlen. Die europäische Kolonie ist außer sich über die Gräueltaten, die vor ihren Augen geschehen, freilich unter Schonung der Europäer. Vertreter verschiedener Gesandtschaften ließen dem Kommandanten der Leibgarde sagen, daß sie sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten Persiens einmischen wollten, daß sie aber die unausgesetzten Plünderungen von Privateigentum und die Ermordungen von Unschuldigen außer tiefste Bedauern und Verdamnung. Der Schah ließ die Parlamentskanzlei von neuem beschließen. Viele Abgeordnete sind in die englische Gesandtschaft geflohen. Als Finanzminister Sani ed Dauleh und eine Anzahl Geistlicher und andre Personen in der deutschen Gesandtschaft Schutz suchten, wurde dies abgelehnt mit der Begründung, daß eine direkte Lebensgefahr für sie nicht bestände. Der Präsident des Parlaments Muntas ed Dauleh hat sich unter französischen Schutz gestellt. Der Vizepräsident ist gefangen genommen worden. Der Abgeordnete Ibrahim Khan wurde von Soldaten erschlagen. Auf Befehl des Schahs sind die Volkredner Melekal und Muek el Emin, sowie der Redakteur Lurebrafi gehängt worden. Die Wajare sind zwangsweise geöffnet. Der Schah hat Bestimmungen für eine neue Wahl zum Parlament erlassen.

26. London, 26. Juni. Nach einer Meldung eines hiesigen Blattes aus Teheran sind die Reaktionsäre Herren der Situation. Die Verhaftungen und die Plünderungen werden fortgesetzt. Der Schrecken nimmt überhand. Alle Zeitungsbureaus und die Geschäftsräume der politischen Klubs werden geplündert und geschlossen. Die Waiin Jahir ed Damleh, eine Tante des Schahs, beging Selbstmord, als ihr Haus zerstört wurde.

* Teheran, 26. Juni. Der Schah ließ vorgestern früh in seinem Lager zu Bagischah einen Priester und den Herausgeber eines Zeitungsblattes von Teheran durch den Strang hängen. Andre Verhaftete wurden im Lager grauam gepeinigt. Einer der Führer des Parlaments wurde in Ketten gelegt und in das Lager des Schahs geschleppt. Untermwegs wurde der Unglückliche vom Pöbel geschlagen und angepöbel.

* Teheran, 26. Juni. Ein konstitutioneller schleuderte eine Bombe ins Lager des Schahs und tötete 6 Personen. Der Attentäter wurde verhaftet und gestand, er sei aus dem Hause eines der Führer namens Zehir Dowleh geschickt worden. Der Schah entsandte Kosaken, welche das Haus umgingelten. Sie fanden die Verächter dortselbst noch vor und nahmen sie gefangen. Das Haus wurde gleichzeitig beschossen.

* Täbris, 26. Juni. Zwischen den Parteien wurde gestern nacht bis zum Morgengrauen gekämpft; die Reaktionsäre behielten die Oberhand. Die Verluste beider Parteien betragen gegen 100 Tote und Verwundete. Jetzt werden Friedensverhandlungen geführt.

26. Frankfurt a. M., 26. Juni. Der listige Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ verließ Täbris in vollem Lustland. Der Generalgouverneur hatte mit 100 Reitern und 7000 Mann Infanterie aus andern Provinzen die „Ordnung“ aufrecht. Nach dem beim hiesigen persischen Generalkonjulat vorliegenden Depechen ist die Lage in Teheran noch ungeklärt.

* London, 26. Juni. Im Unterhaus verlas der Staatssekretär des Auswärtigen Grey einige Depechen des englischen Geschäftsträgers in Teheran, in welchen über die jüngsten Unruhen berichtet wird. Grey fügte hinzu, der englische Geschäftsträger und der russische Gesandte haben am 23. d. M. ihre Dragomane zum Schah geschickt, um ihn an seine im Dezember gegebenen Versicherungen

zu erinnern, und ihm die Veröffentlichung einer Proklamation nahezu legen, in welcher er bekanntgibt, daß er nicht die Verfassung abzuweichen wünsche. Sie haben auch sehr dringend Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der Ordnung und den Schutz der Europäer gefordert. Der Schah gab in vollem Umfange die gewünschten Versicherungen und ordnete einen besonderen Schutz für die Telegraphenlinien und die kaiserliche Bank von Persien an. Die englische und die russische Regierung haben ihren Vertretern in Teheran die Befehle gegeben, Fik es Sultan vor Intrigen gegen den Thron zu warnen und auch den Schah davon zu unterrichten, daß keine feindliche Haltung gegen die konstitutionelle Partei eine Unterstützung bei ihnen finden würde.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 26. Juni 1908.

Die erste Tat.

Am Freitag tritt das neue preussische Abgeordnetenhaus zu einer ersten kurzen Tagung zusammen. Die Sitzung vom 26. Juni 1908 ist, seit es einen preussischen Landtag gibt, die erste, an der sozialdemokratische Abgeordnete teilnehmen. Das gibt ihr ihre geschichtliche Bedeutung als Gegenstück zum 10. Januar desselben Jahres, da die Arbeitermassen vor dem Tore des Hauses standen, Recht und Einlaß forderten. Unter denen, die sich damals von der Polizei das Recht erkritten, wenigstens vor dem Hause die Wahrheit sagen zu dürfen, befanden sich auch mehrere jener Genossen, die am 26. ihre Plätze auf der äußersten Linken des Sitzungssaales einnehmen. Das Volk von der Straße hat sie dahingeführt.

Ein Erfolg! Freilich ein Erfolg von solcher Art, daß er nur die Größe der übernommenen Aufgabe zeigt! Die sieben, von denen zudem einer noch fast ein Jahr lang durch seine Festungshaft von der Welt getrennter Arbeit ferngehalten werden soll, stehen im preussischen Abgeordnetenhaus gegen vierhundert und sechsunddreißig Feinde. Wer nie Gelegenheit gehabt hat, das preussische Abgeordnetenhaus bei seiner Arbeit zu beobachten, kann sich keinen Begriff machen von dem Ungeist der Stumpfheit, der Rückständigkeit und Gleichgültigkeit, der seit je, zum mindesten seit dem Abflauen des Verfassungskonflikts, über den Verhandlungen dieses so leicht zu beleidigenden Parlaments waltete. Und so wie diese Musterkollektion von Staatsmännern und Volksvertretern ging, genau so kehrt sie wieder. Schon vor 5 Jahren bei der Vorstellung des neugewählten Präsidiums — Kröcher, Porsch, Krause — sagte Wilhelm 2.: „Man sieht immer wieder dieselben Gesichter!“ Und jetzt wissen uns Parlamentskorrespondenzen schon zu erzählen, welche Personen diesmal mit der Präsidentenwürde betraut werden sollen. Welche? Natürlich Kröcher, Porsch, Krause, immer wieder dieselben Gesichter.

Das neugewählte Haus soll sich im allgemeinen auf die Erledigung einiger formaler Angelegenheiten beschränken und dann in die Ferien entlassen werden. Nur eine Vorlage duldet keinen Aufschub, nur eine Frage heißt schleunige Entscheidung! Welche Angelegenheit ist es nun, die eiligste Erledigung fordert, welche Frage ist in Preußen so brennend geworden, was verlangt das preussische Volk so laut und dringend, daß sich die preussische Volksvertretung keine Zeit mehr lassen darf, seine stürmisch geäußerten Wünsche zu erfüllen? Das ist — hört es preussische Landtagswähler! — das ist ein neues Pfarrerbesoldungsgeß! Die schleunige Verabschiedung einer Besoldungs- und Teuerungszulage für Geistliche in erster, zweiter und dritter Lesung, das soll die erste Tat des ersten preussischen Landtags sein, der sozialdemokratische Wahlrechtskämpfer zu seinen Mitgliedern zählt!

Die aufreizende Symbolik dieser ersten Landtagstat entspringt keiner provokatorischen Absicht, sondern lediglich dem Stumpfsein der parlamentarischen Routine. Ebenjogut wie das neue Pfarrerbesoldungsgeß hätte auch irgendeine Gesellschaftsangelegenheit oder was es sonst an agrarischen Schmerzen gibt, den Arbeitsplan des neuen Landtags zieren können. Nur eine erste Tat war natürlich von diesem Landtag nicht zu erwarten, nämlich ein Beschluß zugunsten des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts!

Das Dreiklassenhaus hat kein Verlangen, sich von dem Schmutz dieser Wahlen zu reinigen, aus denen es emporgestiegen ist. Von der Entrechtung hat es bisher gelebt, von der Entrechtung will es weiterleben — trotz des zornigen Wortes, das ihm schon vor 50 Jahren der Junker Bismarck ins Gesicht warf: „Sie sind keine Volksvertretung! Steigen Sie herab von dem Piedestal ihrer selbstgeschaffenen Größe!“

So bleibt nichts übrig, als daß eine große Volksbewegung endlich den Grundstock des Betrugs in Sankten bringt, auf dem sich jene traurige Gesellschaft in der falschen Pose einer Volksvertretung brüsten darf. Dafür werden die sechs und später die sieben Genossen

brinnen im Hause kämpfen als „Männer, die entschlossen sind, ihren Weg zu gehen“, und die wissen, daß Millionen hinter ihnen stehen, um ihnen zu helfen! —

Der Liebknecht.

Ein Festungsgefangener ist der siebente sozialdemokratische Abgeordnete im preussischen Landtag. Dieser Festungsgefangene fühlte das erklärliche Bedürfnis, der historischen Stunde beizuwohnen, in der zum erstenmal in den borusischen Landtagsaal Sozialdemokraten ihren Fuß setzten. Das Bedürfnis war um so stärker, als er mit der Ausführung nicht nur seiner eigenen Meinung nachgab, sondern den Willen einiger tausend preussischer Staatsbürger erfüllte.

Der Festungsgefangene richtete also an die Oberreichsanwaltschaft, die ihn in die Festung Glas geschickt hatte, das Ersuchen, ihm für die Tage des 25. bis 28. Juni Urlaub zu gewähren. Und der Oberreichsanwalt telegraphierte an die Kommandantur der Festung Glas was folgt:

Gesuch des Festungsgefangenen Rechtsanwalt Liebknecht, ihn für die Zeit vom 25. bis 28. dieses Monats zu beurlauben, wird abgelehnt, da ausreichende Gründe für eine Unterbrechung der Strafvollstreckung nicht vorliegen. Ich bitte dies dem Liebknecht zu eröffnen.

Oberreichsanwalt Zweigert.

Der Liebknecht hat also heute vormittag in seiner Kajemate gefessen, während Herr Ministerpräsident von Bülow den Landtag eröffnete. Der Liebknecht wird auch an den folgenden Tagen nicht seine Wähler im preussischen Abgeordnetenhaus vertreten können, denn Wähler sind eben nur Wähler und keine „ausreichenden Gründe“. Sind die Wähler Sozialdemokraten, so sind sie sogar durchaus unerwünschte Erscheinungen.

Der Liebknecht wird sich bei dieser Entscheidung des Oberreichsanwalts Zweigert begnügen müssen. Und da der Liebknecht hierdurch Zeit zum Nachsinnen bekommen hat, so wird der Liebknecht sich erinnern, daß der Herr Graf Büdler, der Beleidiger der preussischen Justizbehörden, wiederholt Urlaub, und zwar längeren Urlaub zur Erledigung persönlicher Angelegenheiten erhalten hat, und daß viele andre Festungsgefangene über einen Urlaubsmangel ebenfalls nicht zu klagen hatten. Der Duellmörder ist man allezeit freundlich und chevaleresk entgegengekommen.

Und der Liebknecht wird sich als Jurist darüber freuen, daß er einem Staatsgebilde angehört, in dem jeder Bürger getreu der Verfassung gleich geachtet und gemerkt wird, gleichgültig, welche politische Gesinnung er hegt. Der Liebknecht wird nicht säumen, diese gehaltreiche Erkenntnis in die weitesten Volkskreise zu tragen, sobald er seine Strafzeit abgesehen, sobald er nicht mehr von dem Willen und der Einsicht des Herrn Zweigert abhängig ist. —

Aus der Parteibewegung.

„...“ und nach Sozialdemokratie. Das Landgericht Altona als Berufungsinstanz in einer Privatklage eines Vorstandsmitgliedes des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie verurteilte den Genossen Babersky vom „Hamburger Echo“ zu drei Monaten Gefängnis und die Genossen Peterson und Rosbiski zu je 300 Mark Geldstrafe. Die erste Instanz hatte auf je 50 Mark Geldstrafe erkannt. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 26. Juni 1903.

Aus dem Stadtparlament.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten zog sich wider Erwarten erheblich in die Länge. Die Ursache war eine ziemlich ausgedehnte finanzpolitische Debatte, die bei der Vorlage über die Beleuchtung des Breiten Weges mit elektrischen Nagenlammen durch Ausführungen des Bürgermeisters Reimarus über das finanzielle Ergebnis des verflochtenen Jahres hervorgerufen wurde. Der Bürgermeister teilte mit, daß das Jahr der Stadt den netten Ueberzins von 452 000 Mk. gebracht habe. Wider Erwarten wurde diese Mitteilung jedoch nicht mit lebhaftem Beifall aufgenommen, sondern die urbane Stadtbater nahmen sie zum Anlaß, um die städtische Finanzpolitik ein wenig zu kritisieren. Sie meinten, ein solches günstiges Ergebnis hätte der Magistrat voraussehen müssen, und dann wäre die große Steuererhöhung nicht nötig gewesen.

Vom Magistrat wurde dieser Behauptung natürlich sehr energig widersprochen, so daß es zu einer ziemlich scharf zugespitzten Auseinandersetzung zwischen den beiden Bürgermeistern aus dem Stadts. Bolk II kam. Dieser und seine Freunde, die freisinnige Fraktion, wollten ihrer einseitigen Behauptung wegen die Sitzung für die Beleuchtung des Breiten Weges auf 3 Jahre verteilen. Die Versammlung beschloß jedoch mit großer Mehrheit, die Arbeit sofort im ganzen Umfang anzuführen zu lassen und die Kosten aus dem Ueberzins des Jahres 1907 zu decken.

Bemerkenswert ist noch, daß der Ueberzins sich u. a. aus einem Mehr von Steuern von über 200 000 Mark zusammensetzt. Die Einkommensteuer hat etwa 100 000 Mark mehr eingebracht, als veranschlagt war, eine Folge davon, daß auf Grund des neuen Einkommensteuergesetzes die Einkommen aller Steuerzahler mit einem Einkommen bis zu 3000 Mark bis auf den letzten Pfennig zur Besteuerung herangezogen wurden. Welches Steuerergebnis würde erst zu verzeichnen sein, wenn auch alle Steuerzahler mit mehr als 3000 Mark Einkommen in dieser Weise von Steuerfreiheit unbefreiigt gemacht würden. Aber diese Seite haben das Recht, sich selbst einzuschätzen und „verzeihen“ dabei natürlich je manche steuerpflichtige Einnahme. Dem Arbeiter aber wird sein Einkommen mit Hilfe des Arbeitgeber auf Heller und Pfennig nachgerechnet.

Die Einkommensteuer brachte infolge der Eröffnung des Zentralbüros ein Mehr von 30 000 Mark, ein Zeichen, daß das Zentralbüro fast immer volle Häuser zu verzeichnen hat.

Die übrigen Vorlagen, die zur Verhandlung kamen, waren von mindere großer Bedeutung. Die Vorlage über die Lenkungsanlagen, die in der nächsten öffentlichen Sitzung berät-

berät werden sollte, wurde der vorgerückten Zeit wegen abgelehnt. Sie kommt am nächsten Donnerstag zur Verhandlung, an dem die letzte Sitzung vor den Ferien stattfinden soll. —

Mühtung, Parteigenossen!

Den Wählern, die bei der Landtagswahl sozialdemokratisch gewählt haben, aber noch nicht Abonnenten der „Volkstimme“ sind, wird die Zeitung im Laufe dieser Woche unentgeltlich zugestellt.

Am kommenden Sonntag den 28. Juni, morgens 8 Uhr, soll nunmehr nachgefragt werden, wer die Zeitung abonnieren will.

Die in Frage kommenden Personen werden zum größten Teil wissen, daß es ihre Pflicht ist und in ihrem eignen Interesse liegt, die Arbeiterpresse zu unterstützen.

Die Arbeit wird darum an sich nicht schwer sein, zumal die Bestreßenden bereits durch ein Schreiben auf den Besuch eines Parteigenossen aufmerksam gemacht worden sind.

Je mehr Genossen sich aber zur Verfügung stellen, um so schneller wird die Arbeit abgewickelt sein. Länger als eine halbe Stunde darf sie überhaupt nicht dauern.

Die Genossen werden deshalb ersucht, sich in folgenden Lokalen zu der oben angeführten Zeit zahlreich einzufinden:

Magdeburg-Nord, bei Eduard Thiering, Tischlerkrugstraße 28.
Magdeburg-Süd, bei A. Mollenhauer, Kaiser- und Blumenhalstraße-Ecke.

Wulfen, in der „Lalia“, Dorosteenstraße 14.
Eudenburg, in der „Berber Bierhalle“, Schönningerstraße 28.
Alte Neustadt, bei W. Badenmacher, Ottenbergstraße 19.

Neue Neustadt, im „Weißen Hirsch“
Wilhelmstadt, im „Luisenpark“, Spielgartenstraße 1c.
Friedrichstadt und Werder, Turmshagenstraße 4.

Parteigenossen, Auf zur Arbeit! Es gilt, die Landtagswahlbewegung zugunsten unserer Presse auszunutzen!
J. U.: Fr. Holzappel, Parteisekretär.



„Die Millionen Abonnenten und Leser der feindlichen Presse sind größtenteils Glieder des arbeitenden Volkes, und gerade sie sind es, welche dieser zur Knechtung bestimmten Presse die ungeheure Macht verleihen, über welche sie verfügt. Ein Arbeiter, der statt eines Arbeiterblattes ein Organ der Arbeiterfeinde hält, begeht einen geistigen Selbstmord, ein Verbrechen an seinen Brüdern, einen Verrat an seiner Klasse. Die Presse ist heute das wirksamste Mittel der Knechtung. Bemächtigen wir uns dieses Hebels, und die Presse wird das wirksamste Mittel der Befreiung sein.“
Wilhelm Liebknecht.

Arbeiter! Beherzigt dies Wort unfres großen Vorkämpfers!

Zum 1. Juli habt ihr Gelegenheit, die Mahnung Liebknechts zu erfüllen. —



Zur Säuglingsfürsorge.

Am 23. Juni beginnt nach dem Beschluß des städtischen Fürsorge-Ausschusses die Gewährung der Sommerprämien für stillende Mütter. Dieselbe unterscheidet sich, wie früher mitgeteilt wurde, von der bis jetzt gezahlten Stillprämie erstens dadurch, daß sie unmittelbar von der Geburt des Kindes an ohne die jechwöchige Wartzeit der Winterprämie zur Auszahlung gelangt, und zweitens dadurch, daß sie höhere Beträge, bis zu 2 Mark pro Woche, als die Winterprämie erreicht. Die Auszahlung erfolgt, wie bisher, nachträglich wöchentlich, oder, wenn die Mütter es aus Gründen der Zeiterparnis wünschen und die Kinder gut gedeihen, alle zwei bis drei Wochen. Die Dauer der Sommerprämie ist auf die drei für die Säuglinge besonders gefährlichen heißen Monate Juli, August, September festgesetzt; nur für Kinder, welche innerhalb dieser Monate ihr erstes Lebensjahr vollenden, endet die Prämienzahlung mit dem ersten Jahrestag.

Die Gewährung der Sommerprämie von der ersten Lebenswoche an wird hoffentlich dazu beitragen, daß noch mehr Mütter als bisher ihren Kindern wenigstens einige Monate hindurch die Brust reichen, um sie dadurch einseitig vor den Gefahren der Sommerhitze zu schützen und ihnen andernteils eine gesunde Grundlage für ihr weiteres Gedeihen zu geben. An unversehrte und sehr arme verheiratete Mütter, welche ihren Lebensunterhalt durch Arbeit außer dem Hause, in Fabriken, Aufwartstellen usw., suchen müssen, wird die Stillprämie auch dann gewährt, wenn sie während der langen Abwesenheit von Hause dem Kinde ein- oder das andre Mal die Flasche geben lassen müssen. Bedingung ist aber, daß die Ernährung an der Brust des Vorgesetzter vor der Arbeit, morgens und abends und nötigenfalls noch einmal in der Nacht regelmäßig geschieht; und daß das Kind in seinem Gedeihen durch die Fügung der Flasche nicht geschädigt wird. Die bisherigen Erfahrungen bekräftigen, daß fast alle Mütter, welche die richtige Anleitung und den guten Willen haben, ihre Kinder zu gesundem und mäßigem Wachstum aufzuführen, in stände sind, ihre Kinder zu nähren. Die Geldprämie soll ihnen das durch reichere und bessere Kost und durch Schonung erleichtert werden.

Meldungen zum Prämienempfang werden in den Verordnungs- und Bescheidbüros entgegengenommen. Diese finden statt: Montag von 9 bis 10 Uhr für die Alte Neustadt und die Wilhelmstadt, Dienstag von 9 bis 10 Uhr für Wulfen im Rathaus zu Eudenburg, Mittwoch von 9 bis 10 Uhr für die Friedrichstadt, Donnerstag für die Neue Neustadt, Freitag für Eudenburg im Rathaus Eudenburg.

Alle mündlichen Anträge über die Stillprämie, Empfangsberechnung usw. werden in diesen ärztlichen Sprechstunden und ferner in den städtischen Spiegelstraße 1/2, Zimmer 16, Eudenburg, und schließlich in den Büros der Krankenstationen bereitwilligst erledigt werden. —

Nichtöffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Bei Beginn der nichtöffentlichen Sitzung verliest der Vorsitzende ein Schreiben des Stadts. Jaensch, in welchem dieser der Stadtverordneten-Versammlung mitteilt, daß er aus Gesundheitsrücksichten sich verweigert, eine Wiederwahl zum Mitgliede des Magistrats anzunehmen. Das beherrschende Akkorde seiner jetzigen Amtszeit ablehnen zu lassen. Herr Jaensch war am 1. Januar 1877 in die Stadtverordneten-Versammlung ein, war vom 9. November 1893 bis 31. Dezember 1900 erster stellvertretender Vorsitzender derselben und wurde am 3. Juni 1902 durch die Stadtverordnetenversammlung zum Stadtrat gewählt. Er gesteht also der städtischen Behörde beinahe 32 Jahre an. Sein jetziger Bescheid auf eine Wiederwahl soll nicht ganz

freiwillig erfolgt sein. Die Sitzung genehmigte dann eine Anzahl Aufstellungen von Gemeindebeamten und Feuerwehrmännern, nahm die Wahl von Armenpflegern und 4 Vertrauensmännern für den Ausschuß zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen für das Jahr 1909 vor und gab zu einigen Unterstützungen ihre Zustimmung. Endlich wurde der Abschluß eines neuen Gastpflichtversicherungsvertrags mit der Wilhelmia, Allgemeinen Versicherungsaktiengesellschaft hier, vom 1. Juli 1903 ab auf 5 Jahre bei Zahlung der gesamten Prämie von 36 000 Mk. im voraus genehmigt. —

Eine liebevolle Mutter stand am Donnerstag vor dem hiesigen Schöffengericht. Die Arbeiterfrau Luise König gab. Simon hier hat einen jetzt 13jährigen vorerblichen Sohn, den sie, wie die Anklage behauptete, schlecht behandelt. Festgestellt wurde, daß der Knabe im Frühjahr 1903 fast stets müde und arbeitsunlustig in die Schule kam. Zu derselben Zeit ging ein anonymes Brief bei der Polizei ein, in dem behauptet wurde, Frau König und ihr Mann gingen öfters abends ins Theater und der kleine Sohn müsse dann, bis die Eltern um Mitternacht heimkämen, Läden für eine Fabrik klieben, morgens müsse er dann schon sehr früh wieder aufstehen und noch stundenlang vor Beginn der Schule Läden klieben. Frau König erhielt wegen Uebertretung der Vorschriften des Kinderzuschußgesetzes einen Strafbefehl in Höhe von 10 Mark, gegen den sie Widerspruch erhob. Da die Beweisaufnahme die Beschuldigungen voll auf bestätigte, wurde die Strafe auf 15 Mark erhöht. —

Mühtung, Steinseher! Der Steinsehermeister S. Busse aus Groß-Otterleben führt zurzeit in Spandau eine größere Arbeit aus. Unter den bei ihm beschäftigten Arbeitern sind Differenzen wegen der Arbeitszeit ausgebrochen. Die Steinseher werden darum ersucht, sich vor Annahme von Arbeit nach Spandau bei der Verwaltung der hiesigen Filiale des Verbandes der Steinseher zu erkundigen. —

Biervertrieb in der Fabrik. Der Arbeiter Albert Freigang in der Eudenburg wurde von der Verwaltung der Aktien-Bierfabrik dazu bestimmt, für die Arbeiter das Bier zu besorgen. Er tat dies pflichtgemäß und fragte jeden Morgen an, wer Bier haben wolle. Dann kaufte er die 30, 40 oder auch mehr Flaschen bei einem Wirtskaufhändler zum Preise von 10 Pfennig die Flasche und gab sie zu demselben Preise an die Arbeiter wieder ab. Der Händler gab nun aber Freigang dafür, daß er das Bier gerade bei ihm kaufte und die leeren Flaschen vollständig wieder abgab, eine kleine Vergütung, die nicht ganz 1 Pfennig pro Flasche betrug. In dieser Vergütung des Bieres wurde nun von der Behörde eine unbefugte Inskubation des Schantgewerbes gesehen und Freigang mit einem Strafbefehl in Höhe von 20 Mark bedacht. Er erhob Einspruch und erzielte seine Freisprechung, da das Gericht annahm, solche auf Geheiß der Fabrikdirektion unternommene Heranschaffung von Bier, das in den Fabrikräumen getrunken werde, sei keine Ausübung des Schantgewerbes. —

Verurteilung. Am Freitag vormittag hatten am Bismarckdenkmal etwa 30 Zöglinge einer Knabenvorhule Aufstellung genommen, eine Schreiwahl hielt ihnen einen Vortrag über Bismarck und seine Bedeutung für das Deutsche Reich. Staunenden Blickes saßen die kleinen Knaben zu dem Standbild empor. Unwillkürlich öffneten sie bei jedem mit besonderem Nachdruck vorgebrachten Satz über den „gewaltigen Schmiech“, der angeblich das Deutsche Reich zusammengekniet hat, den Mund, um ihrem Erstaunen auch sichtbar Ausdruck zu geben. Beim Abmarsch warf noch mancher den Kopf zurück, um dem Heros des 19. Jahrhunderts noch einmal bewunderndes Blick zuzuwenden. — Wenn dieselben Knaben aber erst größer geworden sind, wenn sie die Schule verlassen haben und den Kampf ums Dasein mit allen seinen Härten führen müssen, wenn sie in Reich und Lied der Organisationen stehen, dann werden sie vernehmen, was sie heute nicht vernommen haben. Dann werden sie hören, wie der Blut- und Eisenreich Bismarck die Emser Depesche, die die Ursache des Krieges mit Frankreich bildete, „um redigiert“ hatte, wie er der Vater des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie war, wie er überhaupt jede Regierung der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage am liebsten in einem Meer von Blut ertränkt hätte usw. Wenn sie dann wieder einmal an diesem Denkmal vorübergehen, dann — des sind wir sicher — werden sie die trutzige Figur auf dem Granitsockel mit andern Augen betrachten, als sie es heute getan haben. —

Ein Vogelsteller. Am 24. April d. J. wurde der vorbestrafte Arbeiter Willi Grambauer von hier in der Nähe der Waldschänke beobachtet, wie er sich in verdächtiger Weise in den Wäldchen zu schaffen machte. Von Forstbeamten festgenommen und durchsucht, fand sich in seinen Taschen eine Büchse Vogelstein, Wehlwurm und ein Finkenstecher. An der Stelle, an der sich Grambauer gebückt hatte, fand sich ein lebender mit einem geleimten Finkenstecher gefüllter Lehdvögel (Buchfinkenweiche) vor. Den Vogel ließen die Beamten reinigen und gaben ihm dann die Freiheit. Grambauer erhielt einen Strafbefehl in Höhe von 30 Mark wegen Verstoßes gegen das Vogelstuhlgesez. Sein Einspruch hatte keinen Erfolg, es blieb bei 30 Mark Geldstrafe. —

Die Verdrigung des Leutnants Richard Wagner vom 3. Trainbataillon in Spandau, der am verflochtenen Sonntag bei dem Automobilunglück zwischen Fexleben und Obenstedt tödlich verunglückte, fand am Donnerstag abend in der letzten Stunde auf dem Alten Georgentischhof am Königtor mit militärischen Ehren statt. Der verunglückte Offizier stand im 29. Lebensjahr. —

Eine lustige Witwe besuchte mit Vorliebe, trotzdem sie schon drei recht erwachsene Kinder hat, gern Wegeners Tanzlokal. Dort lernte sie eines Sonntags den noch verhältnismäßig jungen städtischen Postmann G. kennen und tanzte und trank froh mit ihm. Als der Tanz zu Ende war, führte G. seine Dame galant nach Hause. Auf dem Wege im Mondlicht erwachten bei beiden zärtliche Regungen und sie beschloßen, sich nicht mehr zu trennen, sondern möglichst bald in den Hafen der Ehe zu segeln. Schon dieselbe Nacht verbrachte der Neuerlochte in dem Heime seiner „jungen“ Braut und ließ sich auch in den nächsten Tagen von ihr sorglich hegen und pflegen. Als dann aber am dritten Tage die Braut von ihrer Arbeit zurückkam, fand sie die Wohnung leer und den Geliebten auf Nimmerwiederkehr verschwunden. Als Andenken hatte er die Uhr und Kette der Verlassenen mitgenommen. Das Paar sah sich erst im Gerichtssaal wieder, wo G., der bereits eine recht bedenkliche Vergangenheit hinter sich hat, wegen Diebstahls in drei Fällen zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Er hatte bei seiner Vorliebe für das Versehen von Uhren und Ketten noch an zwei andern Stellen solche gelegentlich mitgenommen. —

Unfälle. Der Schlosserlehrling Walter Holze aus Bennedebach hat sich am Donnerstag in der Maschinenfabrik von Krosch, Halberstädterstraße 29 an der Bohrmaschine das erste Glied vom rechten Daumen abgequetscht. — Der Kutcher August Bietzmann, Eudenburg, Kroatenvog 5 wohnhaft, und beschäftigt bei der Firma Müller u. Weichsel Nachf., Halberstädter Straße 43, wurde am Donnerstag gegen Abend von einem Pferde gegen den rechten Unterschenkel geschlagen und erlitt einen Bruch desselben. Die Verletzten wurden der Krankenanstalt Eudenburg zugeführt. —

Seinen Verletzungen erliegen ist am Freitag früh im Altpfäster Krankenhaus der 46jährige Arbeiter August Adamann aus Biederitz, der am 19. Mai d. J. auf dem Nachhausewege an der langen Brücke vor Heiprotzberge mit seinem Kade zu Falle kam und dabei über das Geländer der Brücke aus einer Höhe von etwa 6 Metern abstürzte. —

Ein Verkehrshindernis entstand Freitag mittag 12 Uhr an der Haltestelle der Straßenbahn Rogäyer Straße 86 dadurch, daß bei einem Hinterrad eines schwer mit Gerütholz beladenen Wagens des Herrn Curraute in der Alten Neustadt sämtliche Speichen ausbrachen, wodurch das Gefährt mitten auf den Schienenstrang zu liegen kam. Weil der Unfall in der Nähe der Endstation passierte, konnte der Betrieb der Straßenbahn ziemlich regelmäßig aufrechterhalten werden

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 148.

Magdeburg, Sonnabend den 27. Juni 1908.

19. Jahrgang.

6. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

C. B. Hamburg, 25. Juni.

Um 8 Uhr eröffnet Bömelburg die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die

Debatte über die Grenzstreitigkeiten

und die von der Redaktionskommission vorgelegene Resolution samt den Abänderungsanträgen. In der Debatte werden zunächst die Anträge begründet.

Göttsche (Wilhelmshaven) begründet den Antrag des Schneiderverbandes, Zahlstelle Wilhelmshaven:

Angesichts der Taktik der Unternehmerverbände, durch provokante Massenstreiks und Ausperrungen die Organisationen der Arbeiter in ihrer Wirksamkeit lahmzulegen, wird die Unmöglichkeit daran, in kleinen Branchenorganisationen dem Unternehmertum auf die Dauer wirksam entgegenzutreten. Die Branchenzentralverbände werden darum aufgefordert, zu Industriebereichen sich zu verschmelzen oder sich an solche anzuschließen. Die Generalkommission wird beauftragt, solche Verschmelzungen und Anschlüsse anzuregen, vorzubereiten und durchzuführen.

Er weist auf die große Vergeudung von Kraft und Geld hin, die durch die kleinen Branchenorganisationen entsteht und dringt auf die Einwirkung der Generalkommission, um die Verschmelzung zu beschleunigen.

Schlegel (Breslau, Metallarbeiter) erklärt den Antrag seiner Zahlstelle, alle Maschinenarbeiter dem Metallarbeiterverband zuzurechnen für selbstverständlich, zieht ihn aber bis zur nächsten Vorstandskonferenz zurück, da ihn Transportarbeiter und Tabakarbeiter prinzipiell anerkannt. (Beifall.)

Bauer (Berlin, Bureauangestellter) wünscht die Schaffung von Schiedsgerichten zur Entscheidung von Grenzstreitigkeiten.

Knoll (Berlin, Steinseker) begründet seinen Antrag, der gegenüber den Expansionsgelüsten einiger Funktionäre des Gemeindegewerksverbandes den Begriff Gemeindegewerksbetrieb abgrenzen solle.

Träger (Berlin, Brauer) befürwortet seinen Zusatzantrag zu Punkt 4 der Kommissionsresolution, wonach bei Lohnbewegungen in den Kommissionen nur die Verbände vertreten sein sollen, die im bestreikten Betrieb eine größere Mitgliedschaft haben und nur soweit, als dadurch die Bewegung nicht gestört wird. Gerade die kleineren Verbände sollten für diese größere Bewegungskraft stimmen, denn sie könnten ja auch einmal groß werden. (Beifall.)

Josephsohn (Hamburg) begründet den Antrag des Handlungsgehilfenverbandes: „Die Gründung von Sonderorganisationen für Angestellte oder Arbeiter in Konsumvereinen und Genossenschaftsbetrieben ist prinzipiell zu verwerten. Die Angestellten und Arbeiter in solchen Betrieben sind vielmehr verpflichtet, dem für ihren Beruf bestehenden Zentralverband sich anzuschließen und dort an dem gewerkschaftlichen Kampfe gegen das privatkapitalistische Unternehmertum zur Verbesserung der Lage der gesamten Berufsgenossen teilzunehmen.“ Der Beschluss ist bereits einstimmig von der Vorstandskonferenz angenommen worden. Redner bittet den Gewerkschaftskongress, den Beschluss zu wiederholen, um den immer wiederholten Versuchen entgegenzutreten, einen

Sonderklub der Konsumvereins-Angestellten und Arbeiter zu gründen. Gegen den bestehenden Verband der Lagerhalter werden wir nichts unternehmen.

Hoffmann (Altenau, Porzellanarbeiter): Ohne die Einführung von Schiedsgerichten bleiben alle Resolutionen nur ein frommer Wunsch. Die Transportarbeiter und Fabrikarbeiter stehen sonst weiter in allen Gewässern und die untern Funktionäre appellieren unter stillschweigender Billigung der oberen Funktionäre der Verbände an die niederen Funktionäre. Gegen dieses System der unklaren Konkurrenz kann die Annahme des Antrags Dauer helfen.

Mohs (Berlin, Gemeindegewerksarbeiter): Wir haben jetzt durch unsere Kartellverträge so gut wie keine Grenzstreitigkeiten mehr.

Gleichwohl will man für uns im Absatz 4 ein Sonderrecht schaffen. Erst erklärt man, die Beilegung der Grenzstreitigkeiten durch Vorschriften für unmöglich, und dann schafft man doch Reglements für uns. Aber auf die kommt nichts an, sondern

auf den guten Willen.

Grenzstreitigkeiten zu vermeiden, und den haben wir alle gezeigt. Stören Sie nicht unsere ganze Agitation und Organisation und auch nicht den guten Frieden, den wir mühsam hergestellt haben.

Zillmann (Hamburg, Gastwirtsgehilfe) fordert für die, die Haupt- und Nebenberuf haben, Doppelorganisation, wie sie bisher vorgezeichnet war und nach dem Antrag der Kommission jetzt aufgehoben werden solle. Dadurch würde jedoch jede Kontrollmöglichkeit fortfallen. Organisiert solle im Nebenberuf nur werden, werden im Hauptberuf organisiert sei. In Lohnstreitigkeiten müsse aber jeder den Vorschriften des Berufs folgen, in dem er gerade arbeite.

Behrendt (Hamburg, Bauarbeiter): Grenzstreitigkeiten werden vermieden werden, wenn diese Vorschriften der Resolution allen Mitgliedern und Funktionären in Fleisch und Blut übergegangen sind. Gerade die Verbände mit vielen Grenzstreitigkeiten sind vielfach auf die Hilfe der andern angewiesen. Deshalb sollten sie recht streng und gewissenhaft die Vorschriften der Resolution ihren Angestellten und Mitgliedern einschärfen.

Bäcker (Berlin, Gastwirtsgehilfe) tritt für den Antrag seines Verbandes ein.

die Doppelorganisation

der in zwei Berufen Erwerbstätigen sei durchaus notwendig, damit sie nicht in beiden Berufen Lohnrücker würden. Außerdem sei diese doppelte Organisation nicht mehr obligatorisch, sondern nur fakultativ gefordert.

Döllinger (Hamburg, Brauereiarbeiter) protestiert gegen die Zulassung der Organisationszersplitterung, wie sie in Absatz 4 der Resolution gegeben sei. Wenn zehn oder zwölf Organisationen in einer Brauerei vertreten sind, ist eine erfolgreiche Lohnbewegung unmöglich. „Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.“ (Heiter.)

Witting (Frankfurt a. M., Brauereiarbeiter): Prinzipiell ist für uns nur die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse durch den Klassenkampf. Die Grenzstreitigkeiten sind nur Zweckmäßigkeitssachen. Aber gerade deshalb muß in einem Bestreben Einheitslichkeit der Organisation und der Streikführung sein. Immer mehr schaltet das Unternehmertum den gelehrten Arbeiter aus, und Handel und Industrie gehen ineinander über. Da weiß man oft beim besten Willen nicht, in welchem Beruf der Arbeiter gehört. Hauptsache bleibt nur die kampfwirksame Organisation. Nehmen Sie deshalb den Antrag Träger an.

Winkelmann (Bremen, Böttcher): Der Antrag Träger bedeutet den

Umsturz aller Organisationsgrundsätze;

er will den Betriebsverband an Stelle der Industrieverbände. Die Brauereiarbeiter sind ungeeignet, meine Berufskollegen zu vertreten, weil sie vielfach auf irgendwelche Vorrechte neidisch sind. Die Brauereiarbeiter leben nur von der Unterstützung der Partei und der übrigen Gewerkschaften. (Sehr wahr!) Gerade deshalb sollten sie den Bestreben unserer um 10 Jahre älteren Organisation achten, die so viel für die Verbesserung der Lage der Arbeiter getan hat. Lehnen Sie den Antrag Träger ab.

Bürger (Hamburg, Gemeindegewerksarbeiter): Durch scharfe polemische Behandlung schafft man die Grenzstreitigkeiten nicht aus der Welt. Die Betriebsorganisation ist gegenüber dem Branchenverband die höhere Betriebsform und daher zum Beispiel im Lederreich anerkannt, und weicht von dem Industrieverband im Gedanken nicht sehr ab. Technisch sind die Arbeiter in den Gemeindebetrieben verschieden, sozial aber ganz gleichgestellt. Wir wollen nur, was die andern Verbände in der Privatindustrie durchgesetzt haben auf die Gemeinden übertragen und Staats- und Gemeindebetriebe Vorbildlich sozialisieren. Darum lehnen wir das Ausnahmerecht des Absatzes 4 der Resolution entschieden ab.

Schumann (Berlin, Transportarbeiter): Die Porzellanarbeiter haben sich nie bei uns beschwert, die Brauer selbst quert den Vertrag mit uns gebrochen. Die Brauer als Organisation der Nahrungs- und Genussmittelindustrie lassen sich vertraglich das Recht zubilligen, Maurer, Sattler und Schlosser für die Brauereien zu vermitteln. Im übrigen will ich diese unangenehmen Dinge nicht weiter erörtern. Wenn aber die Angestellten einer Organisation wie Goldschreiber des Kapitals uns beschuldigen, daß wir uns in einer Lohnbewegung hätten schamieren lassen und dann vom Hauptvorstand Rechsichung bekommen, so ist das keine moderne Organisation mehr. (Zurufe.) Die Transportarbeiter sind durch die Versandabteilungen und Warenhäuser so tief in die industrielle Produktion eingedrungen, daß sie Grenzstreitigkeiten nicht ganz vermeiden können. Lassen Sie also der Entwicklung ihren Lauf und nehmen Sie die Resolution der Kommission an.

Egel (Hannover, Brauereiarbeiter) verteidigt die Forderungen seines Verbandes. Als vierter Redner der Brauereiarbeiter wird er nur unruhig angehört.

Scheffel (Berlin, Maschinist): Wir stimmen der Resolution zu, aber es hieße der deutschen Gewerkschaftsbewegung

einen schlechten Dienst erweisen.

wollte man die alten Berufsverbände zwingen, sich aufzulösen. Mancher Streik ist in der Vergangenheit dadurch verloren gegangen, daß man nicht alle Beteiligten zu den Beratungen hinzugezogen hat. Hoffentlich wird das in Zukunft nach Annahme der Resolution besser werden. Die maßlosen Forderungen der Brauereiarbeiter lehnen wir ab.

Lang (Hamburg, Schmied) klagt darüber, daß auch andre Organisationen Schmiebe aufnehmen. Auch ganze Zahlstellen hätten sich aufgelöst und seien zum Metallarbeiterverband übergetreten. Das sollte doch bei einem Zentralverband nicht vorkommen. Aber der Metallarbeiterverband nimmt sie geschmied und gebietet. Jedenfalls sollte man beruhen, aus der gegenseitigen Konkurrenz und aus der überflüssigen doppelten Agitation herauszukommen. (Sehr wahr! b. d. Metallarbeitern.) Bei Lohnbewegungen haben wir auch als Mitglieder des Schmiedeverbandes uns stets verständigt und unsere Pflicht getan. Aber sonst will ich der Metallarbeiterverband nicht verständigen, und daher die Streitigkeiten. Für die Schmiede sollen wir allein zuständig sein. Schneider und Schuster wollen wir gar nicht. (Zuruf b. d. Metallarbeitern: Aber Schlosser!) Das ist neben-sächlich.

das kommt überall vor.

(Große Heiterkeit.) Wir lassen dem Metallarbeiterverband alle Schlosser, wenn er uns nur alle Schmiede läßt.

Schneider (Hannover, Fabrikarbeiter): Uebergriffe kommen natürlich überall vor, aber die Zentralverbände sind daran nicht schuld, sondern lokaler Ueberreifer. Sehr erfreut sind wir über die neue Bestimmung, daß ebensowenig wie mit niedrigen Beiträgen mit hohen Unterstützungen agitiert werden soll. Wir werden für die Resolution stimmen und sind bereit, sie lokal auszuführen; aber wir erwarten auch von allen andern Seiten Loyalität. Wenn auch die Grenzstreitigkeiten bleiben werden,

die Formen können sich ändern

und sachliche statt persönliche Argumente vorgebracht werden. Ein Schlußantrag wird abgelesen.

Bender (Eberfeld, Transportarbeiter): Die Frage der zweimächtigsten Organisation und der Entwicklungsmöglichkeiten der Gewerkschaftsbewegung läßt sich eigentlich nicht unter dem Titel Grenzstreitigkeiten diskutieren. Aber ich glaube nicht, daß die Betriebsorganisation die höhere Organisationsform ist. Was sollen wir etwa mit den Buchdruckern aus den Verbandsgeschäften in unserer Organisation? Ich erblicke die höhere Entwicklungsform im engeren Zusammenschluß in der Generalkommission. Deshalb scheint mir der Antrag der Brauer, die gegen uns in der häßlichsten Weise agitieren, ganz unannehmbar zu sein.

Röske (Hamburg, Bauhilfsarbeiter): Die Resolution trägt allen Wünschen insofern Rechnung, als sie dem Zusammenhluß

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Der Diebstahl in der Münze.

Von Jens J. Kielland.

(3. Fortsetzung.)

Der alte Brown fuhr in seinem Bericht fort:

„Als wir es zum erstenmal bemerkten, glaubten wir, es müsse irgendwo ein Fehler vorgekommen sein, zum Beispiel beim Wägen — das war ja nicht ausgeschlossen. Aber die nächste Woche war es ebenso, und die folgende wieder, und so fort Woche für Woche.“

Jetzt erschrafen wir im Ernst, denn allen war es klar, daß hier von einem Fehler nicht die Rede sein konnte.

Eine Zeitlang dachten wir, eine der Wagen könnte vielleicht in Unordnung sein, und ließen sie durch Sachverständige untersuchen, aber es fand sich natürlich nichts.

Also mußte es ein Dieb sein — und was schlimmer war, er mußte sich mitten unter uns befinden!

Sie können sich vorstellen, wie es zehn Männern zumute ist, die im selben Raume Seite an Seite das ganze Jahr hindurch arbeiten und alle in der sichern Ueberzeugung leben: einer der Kameraden ist ein Dieb, — ja, ein herzloser, gemeiner, feiger Dieb, weil er weiß, daß er seine armen Kameraden bestiehlt und das in Sicherheit fortsetzen kann, solange sie ihn nicht selber entdecken.

Sie verstehen natürlich, nichts hindert uns an und für sich, die Sache den Vorgesetzten oder der Polizei zu melden und ihre Hilfe in Anspruch zu nehmen, aber das ist in der Geschichte der Münze noch nie vorgekommen, und die fünfte Abteilung will nicht den Anfang machen.

Man sollte ja auch meinen, man müßte ohne weitere herausfinden können, wo das Gold bleibt, wenn die Sache so sonnenklar ist wie bei uns.

Da kommt das Metall von der einen Seite herein, wird gewogen und auf der andern Seite wieder abgeliefert — vielleicht schon am nächsten Tag — und die ganze Zeit, wo es sich in unsern vier Wänden befindet, ist es verriegelt!

Nun, wir mußten natürlich tun, was getan werden konnte. Bei Stiggins, dem Ältesten von uns, der Ihren Platz vor Ihnen hatte, kamen wir zusammen und einigten

uns dahin, die Sache geheimzuhalten. Aber jeder sollte für seine Person an der Lösung des Rätsels arbeiten, und wer den Zusammenhang entdeckte, der sollte von den andern hundert Pfund erhalten.

Und ich kann Ihnen versichern, wir haben gegrübelt und das Unfassbare untersucht und studiert, bis wir geradezu nahe daran waren, den Verstand zu verlieren, wenigstens ein paar von uns.

Schließlich blieb keine andre Erklärung übrig, als daß nachts aus dem Gewölbe gestohlen würde. Um dies zu untersuchen, mußten wir uns Mr. Phillips anvertrauen, da er einen Schlüssel zum Gewölbe hat; den andern hat der Münzmeister.

Das taten wir denn auch, nachdem wir zehn Monate die Sache so geheimgehalten hatten, daß kein Mensch außerhalb der Abteilung etwas ahnte.

Wir machten es nämlich so: Wenn der alte Stiggins am Freitag den Abfall weg, legte er so viele Goldstücke zu, als am Gewicht fehlte. Das wurde nie entdeckt, denn ein großer Teil des Abfalls besteht aus Münzen, die nicht das volle Gewicht oder irgendeinen Prägungsfehler haben; dabei sehen sie genau ebenso aus wie die vollwertigen.

Mr. Phillips war sprachlos, als er von der Sache erfuhr und erklärte geradeheraus, es müsse ein Dieb unter uns sein: — kein Fremder gelangte an das Gold, von dem Augenblick an, wo es in die Abteilung käme, bis zu dem, wo es sie wieder verließ, also müßte das Gold auf dem Wege durch die Abteilung verschwinden.

Wir sagten, worauf wir schließlich gekommen wären, daß jemand direkt aus dem Gewölbe stehlen könnte. Er lachte nur, doch erhielten wir die Erlaubnis, zu zweit eine Nacht um die andre zu wachen. Aber es kam nichts andres dabei heraus, als daß jeden Freitag ein oder zwei Pfund in jedem Beutel fehlten, gerade wie früher.

Da gaben wir es in Verzweiflung auf.

„Und was macht Ihr nun?“ fragte Hansen.

„Was wir machen? Wir zahlen! Noddles hier ist unser „Kassierer“, wie wir ihn nennen. Sag uns, wieviel ist es jetzt im ganzen?“

Noddles zog sein Notizbuch und sah nach.

„Mit letztem Freitag sind es genau 2229 Pfund Sterling.“

„Das ist keine kleine Summe für Leute wie wir,“ sagte Brown finster, „und der Mann, der sie kriegt, hat eine hübsche kleine Einnahme, wer es auch sein mag.“

„Das ist ja ungläublich!“ rief Hansen empört. „Laßt mich an Stiggins Stelle treten und jede Woche mein Teil bezahlen, so sollt Ihr sehen, daß die hundert Pfund mein werden.“

„Ja, sie stehen in der Bank,“ sagte Noddles.

„Wir hatten nicht die Absicht, Ihnen diesen Vorschlag zu machen, aber wenn Sie es selber wünschen — Sehen Sie, auf Ihrem Posten an der Wage haben Sie die größte Aussicht, den Zusammenhang zu entdecken, und als neuer Mann haben Sie kein Mißtrauen zu fürchten. Aber Stiggins hat aus diesem Grunde seinen Abschied genommen.“

„Hätte seine Schraft nicht abgenommen?“

„Ach, er sah ebenso gut wie ich! Aber es wurde ihm mehr und mehr zur Plage, in der exponierten Stellung anzuhalten, und schließlich gab er den Kampf auf. Ehe er um seinen Abschied einkam, erklärte er uns, daß alle Spuren allmählich auf einen bestimmten Punkt wiesen, nämlich auf die Wage, und damit auf ihn persönlich. Wenn er jetzt seiner Wege ginge und die Diebstähle ihren Fortgang nähmen, so würde seine Ehre gerettet und die Aussicht auf eine Aufklärung größer sein. Wir sagten ihm natürlich, daß es keinem je im Traume eingefallen sei, ihn zu beargwöhnen, aber er blieb bei seinem Entschluß. Jeden Sonnabend sollen wir uns wie früher in meinem Hause versammeln, und morgen ist der erste Schmelztag in Ihrer Dienstzeit. Darum haben die Kameraden uns drei gebeten, Sie mit den Verhältnissen bekannt zu machen, so daß Sie uns helfen können, die Sache wie bisher zu vertuschen.“

Man sprach noch einige Zeit hin und her, wie man sich verhalten sollte, dann sagten die Gäste gute Nacht und gingen heim.

Das erste, was Hansen am nächsten Tage zu tun hatte, war, den Wochenabfall zu wägen und der Schmelze auszuliefern.

Der Abfall bestand aus nicht vollwertigen Münzen, den durchlöchernten Goldplatten, aus denen die Münzen ausgezogen waren und aus einer Menge von Spänen und Splittern von den verschiedenen Sobelmaschinen.

(Fortsetzung folgt.)

In Industrieverbänden etc. Bahn freimacht zum Zusammenschluß. Die Betriebsorganisation würde zu unabsehbaren Streitigkeiten führen. Deshalb lehnen wir die Anträge der Gemeindegewerkschaften ab. Die Kartellverträge sollten nicht nur zahlreicher abgeschlossen, sondern auch strenger gehalten werden. Arbeiten wir einig daran, die Macht der Arbeiter durch Organisation der Industriellen zu stärken. (Beifall.)

Steinhilber (Stuttgart, Brauereiarbeiter): Der Transportarbeiterverband greift uns schon an. Lesen Sie nur den Artikel im "Courier" unter der Überschrift Das gewerkschaftliche Stachelweiden. (Beifall.)

Maiz (München, Holzarbeiter): Wenn alle Verbände so streng die Verabredungen einhalten wie wir, brauchten wir heute nicht so lange über die Grenzstreitigkeiten zu reden. (Zehr wahr!) Um so mehr ist es ein öffentlicher Stand, daß der Fabrikarbeiterverband 2500 Holzarbeiter organisiert hat. Die Brauereiarbeiter treiben eine nach den gefassten Beschlüssen ganz unzulässige Agitation für den Bezirksverband. Dabei kommen doch die Zimmerer usw. in Brauereien für den Brauereibetrieb nur als Konsumenten in Betracht. (Beifall.)

Schöffler (Dresden, Metallarbeiter): Guten Willen kann man auch durch Resolutionen nicht erzwingen. Wir legen es nicht darauf an, daß wir dem Schmiedeverband die Mitglieder abwerben, wir haben um des lieben Friedens willen sogar ausfichtlose Bewegungen mitgemacht, aber die Schmiede haben uns stets tiefgründlich behandelt.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Das Schlußwort
erhält der Referent
Simon (München): Niemand hat eine Formulierung vorgelegt, die besser als die Resolution der Kommission den Interessen und Bedürfnissen aller Verbände gerecht wird. Nach den Wünschen einer einzelnen Organisation können wir uns aber nicht richten. Sie müssen unsere Resolution annehmen, wollen Sie nicht die deutsche Gewerkschaftsbewegung schwer schädigen. Der Antrag der Brauer wird durch Absatz 2 der Resolution erledigt. Wo nur vereinzelte Angehörige anderer Berufe in einen einheitlichen Betrieb eingefügt sind, wird der Verband ihres Berufs nicht darauf bestehen, sie zu organisieren. Die Einzelheiten müssen der Verhandlung unter den Verbänden überlassen bleiben. Was den Antrag angeht.

Die Generalkommission zum Schiedsrichter
von Grenzstreitigkeiten zu machen, so bitte ich ihn abzulehnen. Die Generalkommission kann nur freundschaftlichen Zwang herbeiführen. Einer gerechten Verteilungsmodus der Projektförderung und Maßregelunterstützung bei gemeinsamer Agitation mehrerer Verbände soll die Generalkommission weiter suchen. Ihr wollen wir die Nachtragsresolution der Redaktionskommission überweisen. Den Antrag Zillmann über die fakultative Doppelorganisation nehmen wir auf. In diesem Sinne nehmen Sie unsere Resolution zum Besten der gesamten Arbeiterbewegung an. (Beifall.)

Auf eine Anfrage erklärt der Referent, daß z. B. in bezug auf die Schmiede und Metallarbeiter alles beim alten bleiben sollte. Beide Organisationen, Schmiedeverband und Metallarbeiterverband, könnten weiter Schmiede aufnehmen.

Mit Rücksicht auf diese neue Erklärung beschließt der Kongress auf Antrag Cohens, die Abtrotzung auf Nachmittag zu verlagern. Die Redaktionskommission soll eine neue schriftliche Erklärung vorlegen.

Es folgt die Frage der Gewerkschaften und Genossenschaften.

Die Generalkommission legt folgenden Antrag vor:
Der 5. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 22. bis 24. Juni 1903 in Eisenach erklärt, daß der Beschluß des Düsselborfer Genossenschaftstages, wonach genossenschaftliche Lohn- und Arbeitsverträge nicht auf Zwangsprinzipien aufgestellt werden können, deren Durchführung bei den konkurrierenden Privatbetrieben noch in weiter Ferne liegt, nicht dahin aufzufassen ist, daß nunmehr den Forderungen der Gewerkschaften die Anerkennung seitens der Genossenschaften verweigert werden soll, solange sie nicht in dem größten Teile der Privatbetriebe zur Durchführung gelangt sind.

Der Genossenschaftstag geht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es die Pflicht der Genossenschaften ist, soweit es in ihren Kräften steht, in bezug auf die Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten und Arbeiter vorbildlich zu sein.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine ist bereit, bezüglich des Abschlusses allgemeiner Lohn- und Arbeitsverträge mit den Gewerkschaften und Berufsorganisationen der beteiligten Angestellten und Arbeiter in Verhandlungen zu treten.

Erweist sich der Beschluß eines Gesamtartikels für eine Branche der genossenschaftlichen Angestellten oder Arbeiter als beschwerlich oder unmöglich, so steht dem Abschluß solcher Verträge an einzelnen Orten oder in einzelnen Bezirken nichts im Wege, wenn die bezüglichen örtlichen Tarifverordnungen an die Genossenschaften nicht wesentlich über das hinausgehen, was an den betreffenden Orten in der Gesamtbranche seitens der Gewerkschaften durchgeführt werden kann. Aus der etwaigen Ablehnung weitergehender Forderungen kann den Konsumvereinsverwaltungen kein Vorwurf gemacht werden.

Der Gewerkschaftskongress nimmt Kenntnis von dem Beschluß des Eisenacher Genossenschaftstages des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und bewilligt die genossenschaftlich organisierten Arbeiter ermahnt auf den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses (1903), nach welchem die Konsumgenossenschaften durch Weisung und Propagierung der genossenschaftlichen Bestrebungen auf tatkräftigste zu unterstützen sind.

Legen mit, daß die letzten Sätze der Resolution des Eisenacher Genossenschaftstages: „wenn die bezüglichen örtlichen Tarifverordnungen an die Genossenschaften nicht wesentlich über das hinausgehen, was an den betreffenden Orten in der Gesamtbranche seitens der Gewerkschaften durchgeführt werden kann. Aus der etwaigen Ablehnung weitergehender Forderungen kann den Konsumvereinsverwaltungen kein Vorwurf gemacht werden.“ nicht in der Erklärung enthalten waren, die zwischen der Generalkommission und dem Vorstand des Zentralverbandes der deutschen Konsumvereine vereinbart war. Gegen ihren Inhalt wäre vielleicht nichts einzuwenden, aber man würde nicht, wie diese Sätze begründet worden seien. Deshalb mußte erklärt werden, daß die vom Genossenschaftstag in Eisenach angelegten Sätze für den Gewerkschaftskongress nicht bindend seien, daß die Gewerkschaften sich im einzelnen Falle das Recht vorbehalten, zu prüfen, ob eine Genossenschaft mit Recht oder Unrecht Gewerkschaftsforderungen abgelehnt habe. Nach dieser Einschränkung sei dann die Kölner Sympathieerklärung zu wiederholen.

Dreher (Berlin, Transportarbeiter): Von dem hat in Eisenach ausdrücklich erklärt, daß der neue Beschluß an der Düsselborfer Resolution nichts ändere. (Zehr, wahr!) Darin steht es in Eisenach noch verhängnisvoll. Das ist der verhängnisvolle Einfluß der Sächsen, die das reaktionäre Element in der Konsumvereinsbewegung sind und

Die die Dividendenfrage
mit aller Macht schützen.

Josephson (Hamburg): Solche Unterstände zwischen den Genossenschaften der einzelnen Bundesländer brauchen wir nicht zu machen, die Genossenschaften sind sich alle gleich. Der Gewerkschaftstag in Bonn v. Elm über den Antrag der Vereinsvorstände mit der Generalkommission getätigt werden. Lassen wir uns nicht über den Sinn des Eisenacher Beschlusses täuschen. Dadurch sollte die Düsselborfer Erklärung nicht relativiert und die Bestimmung der Gewerkschaften nicht beseitigt werden. Wir müssen also auf dem Standpunkt stehenbleiben, den wir nach

dem Düsselborfer Genossenschaftstag als Gewerkschaftler einstimmig angenommen haben. Jetzt wollen einige Bezirkskonsumverbände gar noch mit den christlichen und kirchlich-Dunderbüchsen Gewerkschaftler Tarifverträge abschließen. Da dürfen wir nicht ohne Gegenleistung die 2 Millionen freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter auf die Unterstützung der Genossenschaften verpflichten. Wir haben keine Veranlassung, den Kölner Beschluß aufzuheben, aber noch weniger, ihn zu bestätigen. Ich beantrage, über den Antrag der Generalkommission zur Tagesordnung überzugehen.

Deichmann (Bremen, Tabakarbeiter): Ich halte es prinzipiell für wünschenswert, die Genossenschaften mit aller Kraft zu unterstützen, aber dem Eisenacher Beschluß zuzustimmen, hieße für uns Tabakarbeiter große

Lohnbrüderverein zu sanktionieren.
Dagegen müssen wir auf das entschiedenste protestieren.

Sachse (Wohum, Bergarbeiter): Ich muß Sie bitten, die Schwarzjeherei nicht zu weit zu treiben. Geiz hat man in Eisenach den Düsselborfer Beschluß nicht verschärfen wollen. Manchmal werden ja auch von den Gewerkschaften unerfüllbare Forderungen aufgestellt, die in der betreffenden Gegend den Ruin des Konsumvereins zur Folge haben könnten. Zerstückeln wir die wirtschaftliche Arbeiterbewegung nicht, sondern erhalten wir uns

die Genossenschaften als Stütze
gegenüber dem Privatkapitalismus. Ich bitte Sie, den Antrag gegen den Privatkapitalismus. Ich bitte Sie, den Antrag gegen den Privatkapitalismus. Ich bitte Sie, den Antrag gegen den Privatkapitalismus.

Umbreit (Berlin): Die ganzen Schwierigkeiten kommen daher, daß die Genossenschaften in Düsseldorf die Arbeiterverhältnisse einseitig regeln wollten, ohne uns zu fragen. Das führte schon in Düsseldorf zur Demission des ganzen Tarifamts. Gleichwohl hat sich der Vorgang jetzt wiederholt. Nun verkennt niemand, daß die Konsumvereine

Rücksicht auf die Konkurrenz
zu nehmen haben und vielfach vorbildliche Arbeitsbedingungen einführen. Aber viele Konsumvereine sind auch rückständig und denen wird durch zu zweifelhafte Beschlüsse das Rückgrat gestärkt. Suchen wir also eine gute Verständigung, die den Schwierigkeiten der Konsumvereine Rechnung trägt, aber solchen Mißbrauch ausschließt. Der ganze Vorschlag sollte Sie dazu veranlassen, mehr als bisher in den Konsumvereinen tätig zu sein. Alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen die Pflicht begreifen,

Mitglieder der Konsumvereine zu werden
und dort genossenschaftlich und für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Grundzüge zu arbeiten. Das heißt, als Gewerkschaftler in der Genossenschaft im Sinne der modernen Arbeiterbewegung erzieherisch tätig zu sein. (Beifall.)

Legien: Ich kann die Darstellung Josephsons nicht als richtig anerkennen, als hätten die Konsumvereine eine besondere Verpflichtung gegen uns. Wir unterstützen sie, weil wir sie für nützlich halten, eine besondere Pflicht daraus haben sie nicht. Bisher bestand zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften ein freundschaftliches Verhältnis. Da erwiderte der Düsselborfer Genossenschaftstag in Gewerkschaftskreisen die Befürchtung, als sollte es mit der vorbildlichen Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse plötzlich anders werden. Daß diese Auffassung falsch ist, hat nun der Eisenacher Genossenschaftstag erklärt. Der Zusatz ist von geringer Bedeutung. Wir protestieren nur dagegen, daß man überhaupt einseitig Zusätze macht. Praktisch halte ich das für unwichtig, solange noch die Genossenschaften

allgemein bessere Arbeitsverhältnisse
haben als die Privatbetriebe, und solange sie noch wie in Eisenach den Willen zum Ausdrück bringen, vorbildlich zu sein. Eigentlich sollte das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften so sein, daß eine besondere Sympathieerklärung gar nicht nötig wäre. Die Konsumvereine sind der Arbeiterschaft nützlich, und deshalb müssen wir sie unterstützen. Die Verhandlungen werden wir natürlich weiterführen, dazu bedarf es keines besonderen Antrags. Zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften sind keine Gegenstände vorhanden. Beide dienen gleichmäßig der Arbeiterbewegung. (Beifall.)

Giebel (Berlin, Bureauangestellter) bittet, bei der Beschlußfassung nach außen hin keinesfalls den Schein der Animosität gegen die Genossenschaften zu erwecken. Nachdem die Genossenschaften jahrelang gerade durch die Gewerkschaften propagiert worden sind, würde das einen peinlichen Zwiespalt herbeiführen. Die Beschlüsse des Genossenschaftstages haben unserer Erfahrung nach keinen großen praktischen Wert. Gleichwohl müssen wir natürlich die einseitige Beschlußfassung und willkürliche Aenderung des Genossenschaftstages entschieden zurückweisen.

Arnold (Hamburg, Zigarettenarbeiter): Die Zusätze des Genossenschaftstages sind natürlich auch für uns unannehmbar; im übrigen aber freue ich mich mit Legien, daß die Mißverständnisse beseitigt worden sind.

Schmel (Leipzig, Lagerhalter): Der Konsumvereinstag ist ganz allein schuld daran, daß diese ausführliche Debatte wieder entfiel worden ist, die ihm genug nützlich wäre. Aber der engstirnige Dividendenstandpunkt geht nicht von Sächsen, sondern von Hamburg, vom Vorstand, aus. Wir wollen deshalb nicht der Genossenschaft Knüppel zwischen die Beine werfen, aber die einseitige Einzugsung müssen auch wir entschieden zurückweisen.

Josephson (Hamburg, Handlungsgehilfe): Ich habe nicht verlangt, daß wir gegen die Genossenschaft Stellung nehmen sollten. Aber wenn die Genossenschaften zu nichts verpflichtet sind, sind auch wir frei. Unsere Gewerkschaft hält sich an den Kölner Beschluß nicht gebunden, solange die Genossenschaften nicht die darin enthaltenen Verpflichtungen gegen ihre Angehörigen erfüllen.

Darüber schließt die Debatte. Die Abmachungen der Generalkommission mit den Genossenschaften werden gegen 5 Stimmen angenommen. Abgelehnt wird der Antrag Giebel:

Der Gewerkschaftskongress nimmt Kenntnis von dem Beschluß des Genossenschaftstages in Eisenach und lehnt die an die bezüglichen örtlichen Reglungen der Arbeitsbedingungen gestellten Forderungen als mit den gewerkschaftlichen Grundzügen unvereinbar ab.

Dieser werden die Sympathieerklärung der Generalkommission und der Antrag Sachse mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der

Debatte über die Grenzstreitigkeiten.
Die Redaktionskommission legt folgende Erklärung vor:
In Ziffer 1 der Resolution ist festgelegt, daß die Entwicklung sich in der Richtung des Zusammenchlusses der Organisationen zu großen Verbänden vollzieht und daß diese Entwicklung von außenher nicht durch beschwerliche irrendmögliche Art behinhalten beeinträchtigt werden soll. Dieser Entwicklung darf aber ebensowenig hindernd in den Weg getreten werden. Sind in einem Industriezweig für die gleichen Berufe mehrere Organisationen vorhanden, die der Generalkommission der Gewerkschaften angezogen sind, so gelten dieselben in bezug auf die Gewinnung von Mitgliedern und auf die Führung von Lohnbewegungen als gleichberechtigt.

Es empfiehlt sich jedoch, um allen aus solchen gemeinsamen Tätigkeitsgebieten leicht entstehenden Reibungen vorzubeugen, für solche Konkurrenzverbände besonders dringend, sich über alle hierbei in Betracht kommenden Maßnahmen vorher zu verständigen.

Simon (München) fügt hinzu, daß die Kommission die Ansicht sei, die Entwicklung betrage sich in der Richtung des Zusammenchlusses zu großen Berufsverbänden, nicht zu Betriebsorganisationen.

Maffajich (Stuttgart, Metallarbeiter): Die Deklaration hat unsere Befürchtungen, die der Absatz 4 der Resolution in uns wachgerufen hatte, zerstreut und wir können jetzt für die Resolution stimmen, wenn vorher die Deklaration angenommen ist.

Saube (Kupferschmied) findet, daß die Deklaration den Grenzstreitigkeiten wieder Tür und Tor öffnet. Lehnen Sie die Deklaration ab.

Mohs (Berlin, Gemeindegewerkschaftler): So ist denn herausgekommen, was von vornherein zu merken war: alles einigt sich, um den Gemeindegewerkschaften den Strick zu drehen. Für die Gemeindegewerkschaften soll wohl weiter nichts übrigbleiben, als die Organisation des Personals der Krankenhäuser. 2 Jahre lang haben wir in diesem Einberufen mit allen andern Organisationen unsere Schuldigkeit getan und nun soll das schöne Werk zusammenfallen. Legen Sie doch nicht unsere Organisation Ketten an.

Rnoll (Berlin, Steinarbeiter): Die Befürchtung, daß solche Pläne bestehen, ist ganz unbegründet.

Damit schließt die Diskussion.
Träger (Brauereiarbeiter) zieht seinen Antrag zurück. Die Resolution der Kommission wird in ihren Absätzen 1 und 2 unverändert angenommen, ebenso Absatz 3, nachdem auf Antrag Zillmann seine letzten zwei Sätze wie folgt verändert worden sind:

„Arbeiter, die dauernd in zwei Berufen tätig sind, dürfen im Nebenberuf nur dann organisiert werden, wenn sie der Organisation ihres Hauptberufs angehören. Diese Arbeiter haben sich in ihrem Nebenberuf, soweit die Arten und Arbeitsverhältnisse in Betracht kommen, den Beschlüssen der in Frage kommenden Organisationen zu fügen.“

Die Deklaration der Kommission zu Absatz 4 wird mit starker Mehrheit angenommen; ebenso Absatz 4 mit dem Zusatzantrag Knoll. Dagegen wird die in einem Antrag vorgesehene Einführung obligatorischer Schiedsgerichte für den Fall, daß streitende Organisationen sich nicht einigen können, mit 176 gegen 119 Stimmen abgelehnt.

Die Absätze 5 und 6 werden debattelos angenommen.

Der von der Redaktionskommission nachträglich beantragte Zusatz: „Wird ein Mitglied einer Organisation, welches im Auftrag einer andern Organisationsleitung agitatorisch oder gewerkschaftlich tätig war, wegen dieser Tätigkeit gemahnt oder in ein Strafverfahren verwickelt, so hat die Organisation die Kosten zu tragen, in deren Verlauf er gewirkt hatte“, wird auf Antrag Cohen der Vorstandskonferenz überwiegen.

Mit großer Mehrheit wird schließlich die von der Vorstandskonferenz bereits angenommene Resolution der Handlungsgehilfen bestätigt: „Die Gründung von Sonderorganisationen für Angestellte oder Arbeiter in Konsumvereinen und Genossenschaftsbetrieben ist prinzipiell zu verwerfen. Die Angestellten und Arbeiter in solchen Betrieben sind vielmehr verpflichtet, dem für ihren Beruf bestehenden Zentralverband anzugehören und dort an dem gewerkschaftlichen Kampfe gegen das privatkapitalistische Unternehmertum zur Verbesserung der Lage der gesamten Berufsgenossen teilzunehmen.“

Die so umgestaltete Resolution soll von der Redaktionskommission zusammengestellt und dann zur Gesamtstimmung gebracht werden. Alle übrigen Anträge werden durch die Beschlüsse für erledigt erklärt.

Verichtigungen: Die Angabe im gestrigen Bericht, daß Schulzki (Transportarbeiter) den Antrag Mohs (Gemeindegewerkschaftler) auf Streichung des Absatzes 4 mitunterstützt hätte, ist unrichtig.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist

Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland.
Hierzu liegt folgende Resolution vor:

Durch die technische und kapitalistische Entwicklung wird die Produktivität der Arbeit gesteigert. Um alle Vorteile der Entwicklung auszunutzen zu können, vereinigen sich die Unternehmer in Kartellen, Arbeitgeberverbänden und ähnlichen Organisationen. Die Unternehmerverbände sind Machtfaktoren im wirtschaftlichen und politischen Leben, die den Kapitalprofit steigern, den politischen Einfluß der Unternehmer heben, aber die Arbeiter oft zu modernen Leibeigenen des Kapitals herabdrücken.

Die Abhängigkeit der Arbeiter vom einzelnen Unternehmer wird gesteigert durch Mietverträge bei Ueberlassung von Wohnungen, durch Pensionen und andere sogenannte Wohlfahrtsleistungen, die aus den für Arbeitslohn bestimmten Einnahmen unterhalten werden. Die staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter, Freizügigkeit, Koalitionsrecht usw., werden beschränkt und oft völlig verneint durch Verträge der in Unternehmerverbänden organisierten Kapitalisten.

Der große Einfluß der Unternehmerverbände (Zentralverband deutscher Industrieller) auf Gesetzgebung und Verwaltung wird ausgenutzt, um die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter zu steigern. Jedes Gesetz sucht der Zentralverband so zu formen, wie es dem Ausbeutereinteresse entspricht.

Dem Beispiel der Unternehmerverbände müssen die organisierten Arbeiter folgen und alle Gesetzesvorlagen darauf prüfen, wie sie für die Arbeiter im allgemeinen und für die einzelnen Berufe im besonderen wirken. Alle Bedenken gegen ganze Gesetze oder einzelne Teile von Gesetzen sowie Verbesserungsvorschläge der Arbeiter müssen in Resolutionen zusammengefaßt und den gesetzgebenden Körperschaften zur Kenntnisnahme unterbreitet werden.

Um bestehende Mißstände zu beseitigen und die Entstehung neuer Mißstände zu verhindern, fordert der Gewerkschaftskongress für alle Personen, die für Lohn oder Gehalt körperliche oder geistige Arbeitskraft in Dienste anderer stellen, ein einheitliches Arbeitsrecht, wodurch das Vertragsverhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer so geregelt wird, daß die Arbeiter vor Ueberverteilungen geschützt und die staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter sichergestellt sind; ferner fordert der Gewerkschaftskongress den Entfall von Gesetzen und Verordnungen zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter und Einrichtungen, die den Arbeiter vor Verfüren in Panikismus so weit bewahren, als es in der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist.

Zunächst fordert der Kongress:

1. Zur Sicherung der Rechtsverhältnisse

1. Arbeitskammern;
2. volle Koalitionsfreiheit für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigte Personen;
3. zwingendes Recht für alle zum Schutze der Arbeiter erlassenen Gesetzesbestimmungen, damit sie nicht durch Verträge aufgehoben werden können;
4. eine gesetzliche Grundlage für kollektive Arbeitsverträge (Tarifverträge);
5. Verbot des Streiksystems in allen Formen.

2. Zum Schutze von Leben und Gesundheit

1. Festsetzung eines höchstens 8 Stunden betragenden Normalarbeitstags;
2. Verbot der Emerzarbeit für Kinder unter 14 Jahren;
3. Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Arbeiten, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt des Nachts getan werden müssen;
4. eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden für jeden Arbeiter;
5. durchgreifende gewerkschaftliche Hygiene; Erlaß von wirksamen Krankheitsverhütungsmaßnahmen;
6. Unfallverhütung unter Beteiligung der Arbeiter an der Kontrolle.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 148.

Magdeburg, Sonnabend den 27. Juni 1908.

19. Jahrgang.

Genossenschaftstag deutscher Konsumvereine.

In der Zeit vom 22. bis 24. Juni tagte in Eisenach der fünfte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, dem sich die Generalversammlung der Großverkaufsgesellschaft anschloß. Die Zahl der Delegierten übersteigt die Zahl 500.

Maedota, Vorsitzender des Zentralverbandes, erstattete den Vorstandsbericht. Das Jahr 1907 sei reich an Arbeit und reich an Erfolgen gewesen. Der Ausbau der Organisation gelangte zu einem gewissen Abschluß, der Abschluß von Tarifen mit dem Verband der Lagerhalter und der Handlungsgehilfen gelang leider nicht. Die Verlagsanstalt des Zentralverbandes schuf sich eine eigene Druckerei; ferner wurde das Versicherungsweesen ausgebaut, das Zeitungswesen reorganisiert, ein leitender Redakteur angestellt und eine Neuorganisation der Verlagsanstalt vorgenommen. Große Verdienste erwarb sich Heinrich Kaufmann, dessen Arbeitsfreudigkeit und hervorragende Leistungsfähigkeit dadurch eine Anerkennung finden soll, daß er hinfür zur Unterzeichnung von den Unterverbandssekretären — auf einstimmigen Beschluß von Vorstand und Ausschuß — Generalsekretär heißen soll.

Verbandsdirektor Barth (München) behandelte die politische und gewerkschaftliche Neutralität des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Er empfiehlt die Annahme folgender Resolution, in der es heißt:

Die Gegner der Konsumgenossenschaftsbewegung suchen die Konsumgenossenschaftsbewegung dadurch zu schädigen, daß sie behaupten, die Konsumvereine seien sozialdemokratische Organisationen. Ein Beweis für diese Behauptungen wurde noch von keiner Seite erbracht. Der Genossenschaftstag erhebt gegen diese Verdächtigungen in entschiedenster Weise Protest. Er stellt fest, daß seine Ziele nie andere waren, als eine wirtschaftliche Kräftigung und Hebung der materiellen Lage seiner Mitglieder unter Beobachtung seiner Unabhängigkeit und Neutralität gegenüber allen politischen Ueberzeugungen und religiösen Bekenntnissen der Einzelnen.

Außerdem bringt er einen Beschluß des Vorstandes und Ausschusses zur Kenntnis, in dem es heißt: „Der Genossenschaftstag erklärt, daß unter der selbstverständlichen Voraussetzung der beiderseitigen Neutralität bei der Aufnahme von Mitgliedern der Zentralverband deutscher Konsumvereine bereit ist, mit Gewerkschaften und Gewerksvereinen aller Richtungen Tarifvereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten und Arbeiter abzuschließen bzw. zeitweilig geltende Lohn- und Arbeitsverträge, die mit einer Gewerkschaft vereinbart sind, auf die übrigen Gewerkschaften desselben Berufs auszu dehnen. Ablehnen muß es dagegen der Zentralverband deutscher Konsumvereine, in den zwischen den Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen etwa bestehenden Differenzen Partei zu ergreifen, da solches mit der grundsätzlichen Neutralität des Zentralverbandes unvereinbar sein würde.“ Die vorgeschlagene Resolution fand die einstimmige Zustimmung des Genossenschaftstages.

Den Bericht des Sekretärs erstattete Heinrich Kaufmann. Von 1903 bis 1907 stieg die Zahl der eingetragenen Genossenschaften in Deutschland von 22 131 auf 26 851, ihre Mitgliederzahl von 3 208 324 auf 4 105 594. Die Konsumvereine, soweit sie eingetragene sind, vermehrten sich von 1741 im Jahre 1903 auf 2110 im Jahre 1907, dazu kommen noch etwa 200 nicht eingetragene Genossenschaften. 1903 hatten diese Konsumgenossenschaften 518 915, 1907 schon 1 131 453 Mitglieder, ohne Berücksichtigung der Mitgliederzahl in nicht eingetragenen Genossenschaften.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine umfaßte im Jahre 1902 nur 555 Konsumvereine, im Jahre 1907 950. Die Mitgliederzahl dieser Vereine stieg in derselben Periode von 468 916 auf 979 221. Allein im letzten Jahre vermehrte sich die Mitgliederzahl um über 120 000, die jährliche Vermehrung seit Bestehen des Verbandes. Der Anteil

des Zentralverbandes an der gesamten deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung wächst immer mehr.

Der Zentralverband hat mit den Wädern und den Transportarbeitern Tarife abgeschlossen, die sich über ganz Deutschland erstrecken, mit andern Organisationen lokale Tarife. Er besitzt außerdem ein Tarifamt. Befriedigt auch nicht alles hier Erwünschte, so kann doch die soziale Bedeutung dieser Arbeit nicht geleugnet werden. Auch mit der Generalkommission der Gewerkschaften sind Verhandlungen über allgemeine gewerkschaftliche Fragen eingeleitet, die vor einem befriedigenden Abschluß stehen. Dazu rechnen wir die Besserstellung der Angestellten und Arbeiter in Konsumvereinsbetrieben und die Errichtung der Unterstützungs-kasse. Zwecklos wird im Zentralverband intensiv sozial gearbeitet.

Zum Ausbau des Versicherungswesens schlägt der Redner eine Resolution vor, die vom Genossenschaftstag angenommen wurde. Mit einem Ausblick auf die weitere Aufgabe der Organisation der Konsumgenossen schließt der Redner sein mit lebhaftem Beifall aufgenommenes Referat.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist das Bank- und Kassenwesen der Konsumvereine. Referent ist Herr Scherling, der erste Direktor der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Der Redner macht längere Ausführungen über die sachlichen Voraussetzungen der Errichtung einer eignen Bankabteilung der Großverkaufsgesellschaft, die sich beim Verkehr mit den Vereinen der neu zu errichtenden Postbedürfnisse bedienen wird. Seine eingehenden banktechnischen Erläuterungen nahm der Genossenschaftstag mit regem Interesse entgegen. Die dazu vorgeschlagene Resolution wird einstimmig angenommen.

Den letzten Punkt der Tagesordnung des heutigen Tages bildet der Bericht über die Tätigkeit des Tarifamts. Referent ist H. v. Elm (Hamburg). Er behandelt eine Anzahl wichtiger Entscheidungen des Tarifamts, die prinzipielle Bedeutung haben, und begründet dann eine Resolution, in der es heißt: „Der Zentralverband deutscher Konsumvereine steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß es die Pflicht der Genossenschaften ist, soweit es in ihren Kräften steht, in bezug auf die Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten und Arbeiter vorbildlich zu sein. Der Genossenschaftstag ist bereit, bezüglich des Abschlusses allgemeiner Lohn- und Arbeitstarife mit den Gewerkschaften und Berufsorganisationen der beteiligten Angestellten und Arbeiter in Verhandlungen zu treten. Erweist sich der Abschluß eines Gesamttarifs für eine Branche der genossenschaftlichen Angestellten oder Arbeiter als vorzuziehen oder unmöglich, so steht dem Abschluß solcher Verträge an einzelnen Orten oder in einzelnen Bezirken nichts im Wege, wenn die bezüglichen örtlichen Tarifforderungen an die Genossenschaften nicht wesentlich über das hinausgehen, was an den betreffenden Orten in der Gesamtbranche seitens der Gewerkschaften durchgeführt werden kann. Aus der etwaigen Ablehnung weiterer Forderungen kann den Konsumvereinsverwaltungen kein Vorwurf gemacht werden.“ Dem Referat v. Elms folgt eine längere Debatte, darauf stimmt der Genossenschaftstag der vorgeschlagenen Resolution zu.

Dann referiert Dr. Niehn (Wiesbaden) über: Die zunehmende Belastung der Konsumvereine durch Steuern aller Art. Seine Ausführungen gipfeln in einer Resolution, in der auf die Ungerechtigkeit der steuerlichen Ausnahmehandlung der Konsumvereine in fast allen deutschen Einzelstaaten hingewiesen und gegen sie Protest eingelegt wird.

Den Bericht über die Entwicklung der Unterstützungskasse des Zentralverbandes erstattete Generalsekretär Heinrich Kaufmann. Bis 1907 fand der Kasse insgesamt 113 Vereine mit 3114 Personen beigetreten. Der Bestand der Kasse stellt sich auf 404 448 Mark. Das Vermögen ist bei der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine angelegt.

Dann referiert v. Elm den Bericht des Ausschusses und beantragt die Genehmigung der Verbandsrechnung und Entlastung des Vorstandes, die darauf einstimmig erfolgt. Auch die Vorschläge zu den Kosten des Verbandes sowie zur Festsetzung der Beiträge werden genehmigt nach den Vorschlägen des Aus-

schusses. Hierbei wird zugleich beschlossen, dem Internationalen Genossenschaftsbund einen jährlichen Beitrag von 1000 Mark vorläufig zu überweisen.

Bei den Wahlen in die verschiedenen Körperschaften wird Max Hebehof (Dresden) als erster Vorsitzender wiedergewählt, während an Stelle des auscheidenden Vorstandsmittglieds Karl Schmidchen (Magdeburg), der an den Posten eines Unterverbandssekretärs für den Verband der Konsum- und Produktivgenossenschaften in Rheinland und Westfalen berufen worden ist, Heinrich Lorenz (Hamburg) gewählt wurde. Die drei auscheidenden Mitglieder des Ausschusses, H. v. Elm, Pöblich und Staudinger werden gleichfalls wiedergewählt, ebenso die bisherigen genossenschaftlichen Mitglieder des Tarifamts des Zentralverbandes, H. v. Elm und Heinrich Lorenz, sowie als stellvertretende genossenschaftliche Mitglieder H. Postelt (Hamburg) und J. Brindmann (Hamburg). —

19. Sitzung der Stadtverordneten.

Magdeburg, 25. Juni 1908.

Stadtverordn. Baensch eröffnet kurz vor 4 1/2 Uhr die Sitzung mit einigen Mitteilungen. Einige Pflasterungsarbeiten werden debattiert genehmigt, darunter 6800 Mark zur Pflasterung der Stahlfurter Straße vom Lemsdorfer Weg bis zur Ackerstraße, 32 000 Mark zur Regulierung und Pflasterung der Hafenstraße und 30 000 Mark zur Neupflasterung der Lüneburger Straße von der Agelenstraße ab nach Süden auf rund 140 laufende Meter bis zum Grundstück Nr. 26 (Pauline Renne), 30 000 Mark zur Weiterführung der Neupflasterung des Kaiser-Wilhelms-Platzes, 11 000 Mark zur Neupflasterung auch des Fahrdammes des westlichen Teiles der Hafenstraße mit bockierten Steinen. Zur Legung eines Gasrohres zur Aufstellung von 5 Laternen in der verlängerten Friesleber Straße werden 2400 Mark bewilligt.

Den Nachträgen zum Schulassen-Haushaltsplan und zum Räumerei-Haushaltsplan für 1908 betreffend den Stadtdirektor Korchowiez, worüber wir bereits berichtet, wird zugestimmt. Die Fortsetzung eines weiteren (vierten) Kredits von 100 000 Mark für das Elektrizitätswerk aus der 6-Millionen-Anleihe zur Herstellung von Kabelnetzerweiterungen, Hausanschlüssen und Beschaffung von Uhren und Messern wird dem Magistrat bewilligt. Die Vorlage auf Bewilligung von 1500 Mark bei Zahlung eines Zuschusses von 3000 Mark seitens des Magdeburger Vereins für Radfahrwege zur Neuanlage von Radfahrwegen auf dem Notzen Horn findet Zustimmung. Einige kleinere Vorlagen werden debattiert genehmigt. 515 Mark werden zur zweireihigen Bepflanzung des Platzes an der Kreuzung der Wolfenbütteler und Umsdorferstraße mit Bäumen bewilligt. Zum Neubau einer Veranda im Vogelsgesang werden 9000 Mark ausgeworfen.

Zu baulichen Veränderungen in verschiedenen Schulgebäuden werden aus Gründen der Sicherheit gegen Feuererfahrung 10 800 M. nach kurzer Debatte bewilligt. Die Errichtung von 4 neuen Oberlehrerstellen für das Reformschulgymnasium zum 1. April 1909 und Beschaffung von 20 Schulraden für je 2 Klassen zum Preise von zusammen mit 30 000 Mark einschließlich der Ausstattung für das Reformgymnasium wird zugestimmt.

Ueber die Vorlage betr. Beleuchtung des Breiten Weges, des Haffelbadplatzes und des Kaiser-Wilhelms-Platzes mit elektrischen Bogenlampen haben wir unsern Lesern ausführlich Mitteilung gemacht.

Bürgermeister Reimann macht bei der Gelegenheit einige Mitteilungen über das finanzielle Ergebnis des Jahres 1907. Es sei erfreulicherweise ein Gesamtergebnis von 452 000 Mark zu verzeichnen.

Stadtverordn. Wolff ist gegen die sofortige Antragsannahme der Arbeitslosen. Er beantragt, die Arbeitslosen auf 3 Jahre zu verzeihen. Solche große, leicht vorherzusehende Ausgaben müßten vorher

Johannisfeier.

Am Tage Johannes, dem 24. Juni, hat die Sonne ihren höchsten Stand erreicht; von nun an muß sie von ihrer triumphierten Höhe weichen und dem ewigen Narzisses nach abnehmen, während sie zur Zeit der Winterjohannisfeier sich erhebt und zunimmt. Es ist kein Zufall, wenn die Kirche diese Gegenstände der abnehmenden und wachsenden Sonne mit Johannes und Christus personifiziert und sie das Winterjohannisfest in Christus und das Sommerjohannisfest in Johannes hat aufgehen lassen.

Schon früh hat sich der christlich-germanische Mythos in die Leidensgeschichte des Johannes gemischt. In ihm liebt die Herodias den Täufer und will keinem andern Mann angehören, und der erzwungene Vater läßt ihn enthaupten. Ein Diener bringt hierauf das Haupt der Herodias, die in diesem germanischen Mythos auch Kharaidis heißt. Sie beneidet es mit ihren Tränen und will es küssen. Aber wie Johannes bei Lebzeiten ihre Liebe niemals erwidert hat, so weicht jetzt im Tode noch sein Haupt vor ihrer Berührung zurück. Im Wirbelsturm wird Herodias in die Lüfte getrieben. Von Mitternacht bis zum dritten Morgen schreit sie auf moorigen Eiden, die übrige Zeit schwebt sie durch die Luft. Um ihr Elend zu mildern, hat der Teufel ihr Nachgeben über böse Geister, und an der Spitze des wilden Herodes fährt sie dahin auf schwebenden Rossen, ja sie würde dem Volk eins mit dieser, der wilden Jägerin. Überall sucht sie den Geliebten, und wen sie küssen will, der muß sterben.

Die Evangelisten erzählen den tragischen Ausgang des Johannes anders. Hier läßt zwar Herodes den Johannes enthaupten, auch der Herodias wegen, aber nicht um ihrer Liebe willen, sondern aus Haß. Herodias, die vor ihrem Vater gefangen, bringt selbst der Mutter das Haupt auf einer Schüssel als Lohn für den schönen Tanz.

Wie das Feuer, so hat gleich dem geweihten Osterwasser auch das Wasser am Johannisabend und in der Johannisnacht eine reinigende Heilkraft. Petrarca erzählt uns in seinen Briefen, wie er in Köln die Sitte der Frauen beobachtet habe, sich am Johannisabend mit diesem Wasser zu waschen. Gewisse Quellen in Deutschland besaßen in der Johannisnacht heilsame Kräfte. Wie über die Johannisfeier, so klagt der heilige Augustinus über diese abergläubischen Ausratungen durch das Johanniswasser; nachgegeben aber, wie die junge christliche Kirche sein mußte und aus Liebe zu allem Herkömmlichen auch gern war, ließ sie bei der Befehung der Heiden, deren Geiste mit Weiblichkeit mancher Formen und Bräuche unter dem alten Namen weiterbestehen.

Die Blume des Johannisabends ist die Rose, sie symbolisiert so recht die Höhe des Sonnenlebens und deutet auf die reichste Entfaltung der Blume und Blüte hin, erinnert aber auch gleichzeitig an die hinwackende und vergehende Zeit. Süßste Wärme über das herrliche Frühlingleben einerseits und der Schmerz über die Bergänglichkeit andererseits grenzen alle, wie die Rose spritzt, scharf aneinander und erfüllen das Gemüt des Menschen mit Freude und Klage. Diesen Gedanken vertritt man immer

mehr oder weniger in vielen Bräuchen, welche von alters her mit dem Johannisfest in naher Beziehung stehen. So weiß u. a. Marhard in den „Germanischen Mythen“ darauf hin, wie die slawische Jugend eine Rosenkrone über den Weg zu hängen und unter derselben Reigentänze mit Wiedern aufzuführen pflegt. Auch an andern Orten, wie in Thüringen und Sachsen, herrscht dieselbe Sitte. Namentlich in Halle ziehen die Kinder früh am Johannis Morgen Schnüre von Laub und Blumen über die Straße, worauf sie zu tanzen anfangen und Vorübergehenden durch Herablassen der Blumengewinde den Weg verstopfen, der ihnen erst nach einer Gabe wieder freigegeben wird.

Auch andre Pflanzen sollen nach dem Volksglauben in der Johannisnacht eine ungewöhnliche und namentlich heilbringende Kraft entfalten. Allen voran steht aber das Johannisraut, da dieses alle angezeuerten Krankheiten vertreibt. Man stellt aus ihm Sonnenwendgürtel und Johannisrisen, die man, nachdem man unter ihnen getanz hat, ins Johannisfeuer wirft. Solche Johannisrisen, die auf den höchsten Stand der Sonne verweisen, werden noch heutigetags hier und da am Abend vorher angezündet. Man veranstaltet am sie einen jugendlichen Reigen und bringt, um sich von allen anhaftenden schädlichen Stoffen zu befreien und zu reinigen, durch die Flammen. Auch Blumen und bestimmte Kräuter wirft man ins Feuer, wodurch angedeutet werden soll, daß alles Unglück in Rauch aufgehen möge. Nach dem Volksglauben ist es Kaiserwurzeln beizubehalten, in der Johannisnacht jene kerzenförmige Blume erlöschen zu lassen, vor der die Erde ihre Schätze offenbart, auch soll man in ihr den unsichtbar machenden Jarnsamen finden. Stellt man sich auf einen Kreuzweg, so kann man in das Innere der Erde blicken und überdies verjüngene Städte aus dem Wasser steigen sehen. Wegen solcher Annahmen haben sich die Schatzgräber in dieser Nacht immer recht rühlig gezeigt.

In Rußland holt man Nessel, wilde Rosen und andre Stachelpflanzen, legt sie in Haufen zusammen und springt nicht bloß selbst darüber, sondern nötigt auch das Vieh, darüber zu springen, um es vor den Einflüssen böser Geister zu schützen. In den Körpern des Moskower Gouvernements steckt man für jedes Mitglied der Familie einen Zweig Waldkraut in die Hand, um zu sehen, welcher Mitte zuerst verbleibt, weil man glaubt, daß deren Inhaber dann im Laufe des Jahres stirbt oder schwer erkrankt. Aus Feld- und Wiesenblumen werden am Johannisabend Kränze gewunden, mit denen sich, namentlich in Mecklenburg, die Mädchen schmücken, wenn sie sich zur Festfeier um die Matena, einen abgehauenen Horn- oder andern Baum versammeln. Nach den uralten Begräbnissen gehen die Mädchen Hand in Hand singend um den Baum herum, stellen eine in bunte Kleider gezierter Strohpuppe unter den Baum, rufen sie zuerst mit Väandern und Blumen heraus und umgeben sie dann mit einem Haufen von Stroh und Kesseln, den sie, sobald es dunkel geworden, anzünden, um ein nach dem andern singend über das Feuer zu springen. An manchen Orten Rußlands haben die jungen Leute vor Sonnenuntergang in fließendem Wasser, ehe sie auf Feldern und Wäldern die Feuer anzünden, über welche die Mädchen und Burden paarweise Hand in Hand springen.

Kommt dabei das Paar nicht auseinander, so gilt dies als ein glückliches Vorzeichen für die spätere Vereinerung desselben durch Heirat.

Die Idee, die Johannisfeier zu entzünden, fiel in der alten Zeit einem leuchtenden Jungfrauen, dem ältesten Greise, dem Magistrat oder dem Farmer zu. In Saint-Jean-du-Doigt mitten in der Bretagne war es sogar ein Engel, der sich zu diesem Geschäft eigens längs dem Ozeanufer vom Himmel herabderückte. In Poitou bestand lange die Gewohnheit, die Räder der Wagen mit Stroh zu umwickeln. Das Stroh ward dann mit einer geweihten Kerze entzündet. Und die so mit brennenden Rädern durch die Felder jagenden Wagen sicherten eine ununterbrochene Reihe glücklicher Ernten. In Paris war es übrigens ein König, der mit einer Fackel aus weißem Wachs die Scheiterhaufen entzündete. Dem ursprünglich waren es wirkliche Scheiterhaufen. Und es wurden wirkliche Opfer dargebracht. In Paris verbrannte man am 23. Juni manchmal einen jungen Judas, fast immer aber ein Duzend lebender schwarzer Katzen, die in einem Käfig auf den Scheiterhaufen gepackt wurden und jämmerlich umkamen. Die schwarzen Katzen galten als wahre Dämonen. Sie waren vom Teufel besessen und gingen zum Dämonenbalken. In Belgien ward ebenfalls das Strohfeuer dargebracht, bis ein Dekret des Königs von Belgien bei Charleroi vom Jahre 743 diese grausame Sitte verbot. Die Belgier erziehen darauf die Katzen durch rote Fäden, denen vorher in Erinnerung an das Schicksal des Täufers der Kopf abgetrennt wurde. Aber der heilige Johannes war auch ein weniger blutigen Opfern zugehörig. So ward in Chaumont-en-Vosgien, das eine wunderliche Kirche St. Jean Baptiste aus dem 13. Jahrhundert besitzt, der abgetrennte Kopf des Täufers in Pappe in Projektion heraufgetragen, und schließlich eine trankbare Puppe, die die feile Seele des Herodes darstellte, vom Uhrturn der Kirche in einen siedenden Kessel herabgestürzt.

Hier und da hört man noch von altem, verschwundenem Aberglauben. So ward dem Tischenpunkt, Herrgottsküchlein, Sonnenfalschen oder Gottesfalschen, wie das Marienwürmchen genannt wird, wenn man das Tierchen am Johannisfest jagt, heilkräftige Wirkung gegen Kopf- und Zahnschmerz zugeschrieben. Und die Leuchtstängelchen, die man am selben Tage jagt, werden als Talismane verehrt. Im Bar schrieb man übrigens den Knoblauchknollen, die durchs Johannisfeuer gezogen wurden, dieselbe Kraft zu. Und im Angoumois mußte man zur Abwehr allen Unheils Haus- und Stalltüren mit grünen Zweigen schmücken, vor allem aber ein legendes Huhn verhindern, die Schwelle zu überschreiten. Ganz allgemein war früher die Sitte, daß die Hirten ihre Herden durch die Johannisfeier trieben, um sie vor Schäden zu bewahren. Und die Mutter, die es jetzt bräutet, mit ihrem Säugling durchs Johannisfeuer zu hüpfen, brachte ihm ein besonders glückliches Leben.

Richard Wagner aber hat den Johannisfest in seinen „Meistersingern“ musikalisch verherrlicht und diesem heiligen sonnigen Festtag ein erhöhtes poetisches Gepräge gegeben. —

3. Zur Bewahrung vor Verfall in Pauperismus

Vereinlichung und Ausdehnung der Arbeiterversicherung unter der Selbstverwaltung der Beschäftigten.

- a) Entschädigungsbeträge bei den bestehenden Versicherungszweigen in der Höhe, daß die Kranken, Verunglückten und Invaliden vor Not geschützt sind;
- b) Schaffung einer Mutterschaftsversicherung;
- c) Schaffung einer Arbeitslosenversicherung und
- d) Witwen- und Waisenversicherung.

Der Referent Wolkenhuth sieht aus: Es hat Zeiten gegeben, wo man an einen Gegenstand zwischen der Tätigkeit der Sozialgesetzgebung und der der Gewerkschaften glaubte. Aber immer mehr Leute haben erkannt, daß es auch für die Gewerkschaften von Nutzen ist, wenn bestimmte erreichte Forderungen verallgemeinert und festgelegt werden. Die Gewerkschaften sind stets

die Pioniere der Sozialpolitik:

sie beweisen, daß durchführbar ist, was man für schwierig oder undurchführbar hält. Die kirchlichen und christlichen Gewerkschaften haben sich neuerdings politische Programme gegeben, die allerdings ihre parlamentarischen Vertreter im Freisinn und Zentrum nie einzubringen vermochten. Nicht darum handelt es sich bei meinem Antrag. Er nennt nur einzelne Forderungen an die Gesetzgebung, die der ausführende Arbeiterkampf den Kampf erleichtern sollen.

Unsre Forderungen sind nicht willkürlich:

sie sind bestimmt durch die zahllosen und noch immer wachsenden Mißstände, die der Kapitalismus schafft. Er kannte ja in seiner Jugendzeit nur die Befreiung der Sklaven, der gefesselten wie der natürlichen. Sich im Konkurrenzkampf stark zu machen, indem man seine Waren mit der Waffe der Billigkeit anstattete, war das Ideal der Manchestertheorie, die heute noch bei der Regierung und bei den Fabrikanten mehr Anhänger hat, als die Theoretiker glauben. Indes, die niedrigen Löhne mit der Ausbeutung der Frauen und Kinder zeigten bald auch ihre Schattenseite:

das Volk degenerierte.

Die Aushebungskommissionen waren die Behörden, die die ersten Anzeichen des Kindereschicks forderten und durchsetzten. Und während man dem Unternehmer alle Schranken der Ausbeutung wegräumte, band man die Arbeiter durch Koalitionsverbote aller Art. Eigentlich erst das Sozialdemokratium J. V. v. Schweigers Arbeitergesetzgebungsmut zur Gewerbeordnung von 1868 bedeutet ein umfassendes Sozialprogramm. J. V. v. Schweigers Forderungen, die heute fast selbstverständlich sind, fanden damals nicht genug Unterschriften, um in die Druckfäden des Reichstags zu kommen; als so utopisch galten sie. (Hört, hört!) Damals wurde die Krankenversicherung eine Hauptaufgabe der Gewerkschaften. Erst das Hilfskassengesetz von 1876 schränkte diese Aufgabe erheblich ein. Damals griff

wiederm die Sozialdemokratie

kräftig in die Sozialpolitik ein. In ihren Anträgen aus diesen Jahren findet sich auch die Forderung der Arbeitskammern, eine Forderung, mit der jetzt Zentrum und Nationalliberale parodieren. Da geht es ihnen wie dem Bagabunden mit der goldenen Uhr, sie haben sie irgendwo in unserm Besitz gefunden (Heiterkeit und Beifall) und mitgenommen. Um dieselbe Zeit erscheint ja auch der Antrag Graf Galen, das Paradies der Zentrum. Kaum einer, der von ihm spricht, kennt seinen Inhalt: er ist mehr denn arbeiterfreundlich, jüngerlich und fordert eine Einschränkung der Freizügigkeit. (Hört, hört!) Im Jahre 1876 kam der Umschwung, das Verlassen der liberalen Gesetzgebung und des Freihandels. Als Lohn dieser schweren Lasten verbrach man damals den Arbeitern eine weitgehende soziale Fürsorge und

hielt das Versprechen nicht.

Schon damals forderte der Vertreter des Reiches, in dem wir leben, Deibel, im Reichstag ein großes Reichsversicherungsamt zur allgemeinen Versicherung aller Arbeiter gegen Krankheit, Unfall und Alter. Der Gedanke verbreitete sich vor allem auch unter der Einwirkung des Zentralverbandes deutscher Industrieller, dem das alte Haftpflichtgesetz mangelhaft war, in der Unfallversicherung am raschesten. In der Krankenversicherung schuf man das Austerbunde Durcheinander von acht verschiedenen Kassen und überließ, weil die Bureaucratie sich darin nicht auskannte, einem Teil der Selbstverwaltung der Arbeiter. Erst die Selbstverwaltung hat

die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen

gesteigert weit über den Mindestrahmen hinaus. Die Unternehmer sind sehr stolz, und die Regierung ist es nicht minder, auf die 7 1/2 Milliarden, die bisher das Versicherungswesen gekostet hat. Aber einmal machen die Beiträge der Unternehmer dazu nicht einmal 10 Pfennig pro Arbeitsstag des Industriellen und 4 Pfennig pro Arbeitsstag des Landarbeiters aus, und jodann sind das, wie wiederholt gerade vom Regierungstisch aus erklärt wurde, nicht Opfer der Unternehmer, sondern nur

veranschlagte feste Lohnbeträge.

Der internationale Sozialistenkongress zu Paris 1889 mit seiner mächtigen Demonstration für die Sozialpolitik und den Achtstundentag leitete die letzte Periode der Sozialpolitik ein, die an die Februar-Erfolge anknüpft. Eine ganze Fülle von einzelnen Sozialgesetzen und Verordnungen sollten die Arbeiter der einzelnen Berufe schützen. Aber alle diese Gesetze und Verordnungen

blieben auf dem Papier.

Sie wurden erst durchgeführt, wenn starke Arbeiterorganisationen ihre Durchführung erzwingen. Erst seitdem die Arbeiter ihre Organisation ausgebaut haben, ist die Väterverordnung angefangen, durchgeführt zu werden. (Sehr wahr!) Während aller dieser Perioden hat die Regierung es an Kundgebungen ihrer Arbeiterfeindschaft nicht fehlen lassen. Von dem Kontraktbruchgesetz unmittelbar nach Gewährung des Koalitionsrechts bis zum jüngsten Reichsvereinsgesetz hat die Regierung unter Bismarck, Hofenlohe-Koller, Hede, Bogdanowitsch und Bethmann-Hollweg nicht ein Jahressüß vorübergehen lassen, ohne ein gefährliches

Altenrat auf die Freiheit des Koalitionsrechts.

Am brasilianischen zeigt sich ihre Arbeiterfeindschaft in der Behandlung der Staatsarbeiter. Die Arbeiter der Post, der Eisenbahn, der Reichswerken und Gewerkschaften haben kein Koalitionsrecht; angeblich verfaßt es ihnen der Staat im Interesse der Disziplin, in Wahrheit steht es im fiskalisches Interesse dahinter; die Löhne der Staatsarbeiter steigen selbst in diesen Zeiten sehr wenig. Als im Reichstag im vorigen Jahre über die Trennung verhandelt wurde, da sagte der Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben, daß „jederem Bernehmen nach“ auch die Löhne der Arbeiter um 10 Prozent steigen seien. Die Lohnlisten der 800 000 Staatsarbeiter führte er nicht als Beweis an, dazu war er zu vorsichtig. (Heiterkeit.) Aber inzwischen hatte sich Deutschlands Industrie mächtig entwickelt.

4000 Aktiengesellschaften

sind zurzeit in Deutschland tätig, die elektrische, die chemische, die Eisenindustrie und der Bergbau stehen in der Weltproduktion technisch mit an erster Stelle und die landwirtschaftliche Bevölkerung ist an Zahl weit zurückgedrängt. Mit dieser Entwicklung gleichzeitig kamen die Unternehmerverbände in eine überaus rasche Entwicklung, nachdem das Reich ihnen durch die Organisierung der Unternehmer in den Berufs-genossenschaften vorgearbeitet hatte. Dadurch stieg auch der

politische Einfluß der Unternehmerverbände

ständig. Und ihre Hauptmittel verwendeten sie darauf, den Arbeiterforderungen mit aller Gewalt entgegenzutreten. Was die Gesetzgebung den Arbeitern nach an Rechten ließ, und viel war das nicht, das nahmen ihnen die Unternehmer durch ihre Maßreglungsbureaus, durch ihre Wohlthäter und

durch ihre gelben Gewerkschaften,

die meist damit verbunden sind. Unbegrenzt wurde der Einfluß des Unternehmertums, als es sich zu Schiedsrichtern und Trüben zusammen-schloß. Das erstarken selbst manche wohlmeinenden bürgerlichen Sozialpolitiker: der Kapitalismus hatte sich ausgedehnt und machte sie schaubern. Sie hatten das kleine Kägen so nett gefunden und lassen jetzt den alten Kater. Aber diese Trüfung macht

die energische Fortführung der Sozialreform

zu einer gebieterischen Notwendigkeit. Denn jetzt steht der Arbeiter nicht mehr einem persönlichen Unternehmer gegenüber, sondern einer fremden Großbank, die nur den Profit steigern will. Durch sie ist es so weit gekommen, daß der relative Mehrwert in den letzten 10 Jahren rapid gestiegen ist. In der rheinisch-westfälischen Großindustrie ist der

Unternehmergewinn höher als der Arbeitslohn.

(Hört, hört!) Redner beweist das durch ausführliche statistische Darlegungen. Als Lohn für das friedliche Ertragen des letzten Zollwuchers hat die Regierung der Arbeiterschaft die Witwen- und Waisenversicherung versprochen. Sie wird einen Beitrag von etwa 50 Pf. pro Woche und Kopf des Erwerbstätigen leisten. Aber diese Kosten dürfen nicht scheuen. Wir müssen darüber hinaus die Schwanger- und Mutterschaftsversicherung und die Arbeitslosenversicherung fordern. Versicherer werden müssen alle Arbeiter, d. h. alle ohne Ausnahme; die gegen Lohn oder Gehalt bei der Herstellung von Waren beschäftigt sind. An der Spitze unserer Forderungen aber habe ich

die volle Koalitionsfreiheit,

die Gründung von Arbeitskammern, die Schaffung einer gesetzlichen Unterlage für die Kollektivverträge und ein einheitliches Arbeiterrecht. Zur Erfüllung dieser und anderer Forderungen muß die Arbeiterschaft selbst unermüdet vorwärts drängen. Die Wachsamkeit des Unternehmertums für seine Interessen laßt ihr ein Vorbild sein. Was erst nur Klage war, das soll endlich ernst werden: die Arbeiterschaft soll ihre Kraft einbringen, um sich selbst ein Stück staatlicher Fürsorge zu erobern. (Lebhafte Beifall.)

Die Diskussion wird auf Freitag vertagt. —

Provinz und Umgegend.

Biederich, 26. Juni. (Vor sich beim Baden.) Am Mittwoch badete der 4 1/2-jährige Sohn des Arbeiters Hermann Wagh im Biedericher See und geriet dabei in eine tiefe Stelle und wäre sicherlich ertrunken, wenn nicht der Fischmeister Pohnlein in der Nähe gewesen wäre. Mit vieler Mühe gelang es, den Knaben wieder zum Bewußtsein zu bringen. —

Fernersleben, 26. Juni. (Parteierversammlung.) Bei Stiller findet am Sonnabend eine Versammlung statt, in der Genosse Hennelberg (Magdeburg) über „Die politische Lage“ sprechen wird. Zahlreicher Besuch wird erwartet. —

Lemsdorf, 26. Juni. (Auch die Parteigenossen!) Da kein Sonnabend frei ist und eine Mitgliederversammlung stattfinden muß, werden die Mitglieder ersucht, zu der am Sonntag den 28. Juni stattfindenden Versammlung recht zahlreich zu erscheinen. —

Burg, 26. Juni. (Das Baden im Kanal) erscheint leider vielen Arbeitern als etwas Selbstverständliches. Sehr bedauerlich ist es, daß ein Volksbad in Burg nicht existiert, daß die Badeanstalt in der Jhle, besonders wenn viele Personen haben, keinen besonders angenehmen Aufenthalt bietet und daß mancher Arbeiter nicht insande ist, die Gebühren für Baden zu entrichten; ein Grund, um ausschließlich im Kanal zu baden, sollte das aber doch nicht sein. Sehr leicht ist nämlich möglich, daß das Baden im Kanal leurer wird als in der Badeanstalt. Die heilige Hermantod läßt sich für ein Bad im Kanal so viel bezahlen, daß man dafür schließlich in der Schwimmanstalt den ganzen Sommer baden kann. Und das sollte abschlaggebend sein. —

(Auch ein Zeichen der Krise.) In Münster i. W. hat sich dieser Tage der frühere Besitzer der Goldleinenfabrik von Matthias v. Frost hier, Schullstraße, 8, Voderpost, das Leben genommen. Solche Erscheinungen trifft man zwar in wirtschaftlichen Leben öfter an, aber fast steht doch, daß sie zur Zeit einer wirtschaftlichen Krise viel öfter anzutreffen sind und nicht selten alltäglich werden. Und die Verschulden der Kräfte, die Bestürzungen der heutigen Produktionsweise, haben neben der Vermögens, einen Kontraktanten losgerissen zu sein, auch die, daß sie das Arbeitslohnvermögen vermehren. Die jetzigen Inhaber der Firma M. u. F. sollen finanziell erheblich von dem Selbstmörder geschädigt worden sein und es bleibt abzuwarten, ob die Firma die Schlappe überwinden kann. Wenn nicht, dann sind wieder eine ganze Anzahl Arbeiter mit ihren Familien der Not überantwortet. —

(Hinweise.) Für unsere Leser in Burg und Umgegend liegt von der Firma Carl Weber Nachfolger, Burg, Markt 11, und vom Kaufhaus Georg Wittkowsky, Burg, Markt 14, je ein Prospekt bei, auf die wir hiermit hinweisen. —

Geislin, 26. Juni. (Stadtverordneten-Sitzung vom 25. Juni.) Eine Freibank soll im Spritzenhaus, Große Schulstraße 29, errichtet werden. Die Kosten, ungefähr 200 Mark, werden bewilligt. Die katholische Gemeinde erucht um Beihilfe zu den Schulunterhaltungskosten ihrer Privatschule. Da sie im Prinzip für die Konfessionsschule sei, könnte sie sich um die Bezahlung ihrer Kinder in der städtischen Volksschule, wo zur Erteilung des Religionsunterrichts dann ein katholischer Lehrer angestellt werden sollte, nicht befeunden. Sie erwartet, daß die Großherzigkeit, die durch Bewilligung der Beihilfe an die höhere Privatschule bewiesen ist, auch für sie sich zeigen würde. Stadtv. Geitsmann bittet, dem religiösen Bedürfnis Rechnung zu tragen und dem Gesuch stattzugeben. Stadtv. Lang bittet um Ablehnung, da die Kinder durch gemeinsame Beschulung keinen Schaden an ihrer Seele haben würden. Der Gegen-satz werde nur künstlich gezeugt. Viele katholische Eltern würden, wenn sie freie Wahl hätten, ihre Kinder in die städtischen Schulen schicken, wenn nur die Furcht vor dem Druck von „gewisser“ Stelle nicht wäre. Das Gesuch wird gegen die Stimmen der Stadtverordneten Geitsmann und Standau (!) abgelehnt. In der städtischen Badeanstalt sollen zehn Einzelzellen aus Holzschwerk mit Papdach sowie Banisohlen nach den Plänen hergestellt werden. Außerdem soll das Bad der Vorrichtungsfahrtafals, an dem sich die Badeanstalt befindet, bis Mäkel nivelliert werden, um die mögliche Höhe der geplanten Wasserfassung festzustellen. Außerdem wird der Badeordnung sowie der Festsetzung der Gebühren, pro Bad und Person 5 Pf., zugestimmt. Die Badeanstalt ist auch für weibliche Personen an jedem Tage zu bestimmten Stunden freigegeben. Die Festsetzung der Schulstunden in der Fortbildungsschule soll fernerhin durch den Schulvorstand erfolgen. Bei Schulveranlassung soll er das Recht haben, bevor an die Polizeibehörde Anzeige erstattet wird, bis zu 4 Stunden länger zu verhängen. Dem Schulvorstand sollen zwei selbständige Handwerker sowie ein Kaufmann angehören. Die Wahlzeit beträgt 6 Jahre. Die Ziegeleistraße soll auf Antrag der Mutter gepflastert werden. Der Magistrat schlägt vor, dies auszuführen, wenn sich die Anlieger bereit erklären, 1/3 sämtlicher Kosten zu tragen, die die Höhe von 33 000 Mark erreichen werden. Zur Regierung wird eine Kom-mission gewählt. —

Halberstadt, 26. Juni. (Unfall.) Die bei dem Rohproduktenhändler Nathan in der Fabrikstraße beschäftigte Arbeiterin Darginde hatte am Donnerstag vormittag das Unglück, beim Transportieren von Lumpenballen zu stürzen, so daß sie unter den Ballen zu liegen kam und ihr Leib stark gequetscht wurde. Die Verletzungen waren demnach schwere, daß sie mittels Droßke nach ihrer Wohnung transportiert und ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Wann werden Arbeiterinnen von einer solchen schweren Arbeit entlastet werden? —

(Brandstiftung.) In vergangener Nacht gegen 12 Uhr ertönten die Signale der Feuerweh und die Sturmglöde ichtig an, es war Feuer im Hause Taubenstraße 5 ausgebrochen. Das Feuer nahm glücklicherweise keine große Verbreitung an, sondern konnte auf seinen Herd beschränkt werden. —

(Holzschweine.) Der Magistrat macht bekannt, daß diejenigen bedürftigen hiesigen Einwohner, welche die Erlaubnis zum unentgeltlichen Sammeln von Raff-Bescholz in der Hl. Jungfer für das Jahr 1908/09 nachsuchen wollen, sich bis 27. d. M. vormittags von 8 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr im Rathause, Zimmer Nr. 13, zu melden haben. —

Hornhausen, 26. Juni. (Vergamantlos.)

In dem gemeldeten Tode des Vergamantlos wird uns noch geschrieben: Boldt arbeitete mit noch zwei Kameraden auf Schurze 6 3. Sohle vor Bruch, er hatte zwei Arbeiter im Gange und kurz nach dem Anfahren — er hatte Nachtlour — um 11 Uhr brach der Schlammer im streichenden Bruch durch. Schnell wollte er seinen Kameraden Struz aus Hornhausen, der steigend arbeitete, davon in Kenntnis setzen, da war sein Schicksal schon besiegelt. Struz, ein noch junger Mann, hat sich mit knapper Mühe noch gerettet, indem er sich an den Klappen anklammernd, vorgebeugt hat. Die sofort vorge-nommene Rettungsarbeit mißlang, da der Schlammer gewaltig nach-schob. Boldt hat sich um 1/2 Uhr morgens mit den Beamten und Kameraden verständigt: „Ich stecke im Schlamme!“ hat er noch gerufen. Bählich noch ein gewaltiger Nachschub, und Lampen und alles andre im Stiche lassend, mußte alles flüchten und die Haupt-schlichte zulegen. Es ist tatsächlich noch ein Glück im Unglück, daß dabei nicht noch mehr Leute verunglückt sind. Die Starkerheitsmaß-regeln, die auf hiesigem Schachte zur Vorbeugung von Schlammer- und Wasserdurchbrüchen getroffen werden, sind im allgemeinen nicht zu tabeln, die Werkverwaltung spart hierbei nicht, und tut ihr mög-lichstes, um derartiges Unheil zu verhüten. Aber die Förderverhältnisse könnten besser sein. Wie oft werden die Gefahren nicht beachtet; weil die Förderzahl, das Besum, groß ist, und die Löhne sehr niedrig, ist dies auch erklärlich. Die Betriebsleitung muß darauf hingewiesen werden, nicht nur allein für vorchriftsmäßigen, gewissenhaften Schutz zu sorgen, sondern auch für „bessere bezahlte“ Arbeit. Es liegt dem Vertriebsleiter fern, aus diesem Unglücksfall besondern Agitations-stoff zu ziehen, aber einige unhaltbare Zustände im Betriebe müssen unbedingt Erwähnung finden. Zunächst sei an die Vergeseknovelle, die am 15. November 1905 in Kraft trat, erinnert, welche u. a. einen Arbeiterauschuss auf sämtlichen preussischen Gruben verlangt. Hier ist aber keiner vorhanden! — Wenn auch ferner die gewünschte Prosperität des Altonschachts noch nicht erreicht ist, so kann die Verlesung auch mindestens eine anständige Mannschafthube mit Wasch- und Bade-einrichtung verlangen, die jetzige Mannschafthube kann der Fremde nur für eine Remise halten; in dieser Hube werden täglich Hunderte von Menschen kontrolliert und abgefertigt. Das kommt aber nur daher, weil ein korrekter Arbeiterauschuss fehlt; ein einzelner will sich aus Erstzengstlichkeiten den Mund nicht verbrennen. Die Gefahren der Verschlimmung werden immer bedeutlicher, mithin die Verant-wortung immer größer. Darum seid fecht auf dem Posten, denn niemand kann euch eure Existenz, euer Leben garantieren. Vereintigt euch! —

Schönebeck, 26. Juni. (Aus der Radiatorenfabrik.) Schlaftrunken, mit blauen Wangen, ausgemergelt, kann man morgens um vier Uhr die Arbeiter der Radiatorenfabrik zur Arbeit manen sehen. Schon früh müssen die Arbeiter der Gießerei an ihrem Arbeits-platz sein, wenn sie das Penium, das für den einzelnen immer höher geschraubt wird, schaffen wollen. Die Firma hat aber auch eine die Arbeiter schwer schädigende Methode, Abfordereuzierungen vornehmen zu können. Es werden auch Arbeiter gefunden, die ein Arbeitspensum bewältigen, das sie auf die Dauer nicht ausführen können. Das ist auch nicht notwendig; nach kurzer Zeit werden die Betroffenen Wor-arbeiter und die Firma kann jetzt Reduzierungen vornehmen. Die in der Werkstelle zurückbleibenden Arbeiter müssen den neuen Vorarbeiter bezahnen und die Firma schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe. Aber nicht nur Abzüge, sondern auch andre Mißstände sind hier an der Tagesordnung, die der Öffentlichkeit unterbreitet werden müssen, damit den Metallarbeitern die Flutten zerbröckelt, ein Vorado im Radiatoren-werk vorzufinden. In der Badeanstalt ist nicht immer das genügende warme Wasser vorhanden, um den Staub abzuipülen, der sich die auf den Körper legt. Das Trinkwasser ist warm und nicht zu genießen. Wir weisen auf den § 22 der Fabrikordnung hin, der von den Strafgebern handelt, die den Arbeitern zugute kommen sollen. Kann aus dieser Kasse nicht Geld genommen werden, um die Arbeiter ständig mit Kaffee zu versorgen? Das Wasserverfahren ist überflüssig. Ventilation, abgesehen von Türen und Fenstern, ist nicht vorhanden. Die Direktion würde sich ein Verdienst erwerben, wenn wenigstens in der Nähe der Defen Erhauftoren angebracht würden. Der Staub ist in der Gießerei des Morgens derart, daß es halt un-möglich wird, darin auszuhalten. Fast dem kleinen Ofen in der Gießerei fehlt der Deckel, so daß durch das überprügende Eisen Verbrennungen vorgekommen sind. Auch hier ist Abhilfe notwendig, damit schwere Unfälle vermieden werden. Die Karren zum Sandfahren sind immer reparaturbedürftig, und es sind auch viel zu wenig vorhanden. Die Ausschüttel werden zu spät herausgegeben, oft erst, wenn die Arbeiter die Lohngettel schon in Händen haben, dadurch wird die Reklamation des Ausschuffes räumlich gemacht. In dem Kasten, in dem die Aus-schüttel ausgehängt werden, sind die Scheiben beschädigt und ver-schaut, die Felle hinter den Scheiben können also nicht gelesen werden. Neben diesen Mißständen läßt die Behandlung durch den Vor-arbeiter Sch. zu wünschen übrig. Seine „Krausandbrücke“ sind beschrift. Wir glauben, daß der Direktion von allem nichts bekannt sein wird und hoffen, daß Abhilfe geschafft wird. Den Arbeitern rufen wir zu: Wollt ihr euch bessere Arbeitsbedingungen, bessere Behandlung erringen, dann schließt euch der Organisation an. Ginein in den Deutschen Metallarbeiterverband! —

Gerichts-Zeitung.

Schwurgericht Halberstadt.

Fortsetzung und Schluß im Prozeß Böttcher.
Bankier Diedmann, Mitinhaber der Firma Rug sen., bestritt die vom Angeklagten aufgestellte Behauptung, über den Ver-kauf und die Bewirtschaftung des Gutes Bütz Abrechnung gelegt zu haben. Der Angeklagte behauptet, daß Fräulein in der Buch-schreibung der Firma Rug vorgekommen seien, und zwar solche in der Höhe von 200 000 Mark. Der Zeuge bittet, daß ein vereidigter Sachverständiger die Geschäftsbücher einer Prüfung unterzieht. Auch ist von dem Angeklagten erfinden, daß wir seine Vermittlung zur Ver-jorgung von 300 000 Mark für unser Geschäft von der Magdeburger Privatbank in Anspruch nahmen. Die letzten 51 000 Mark, mit welchen B. abreifte, haben wir erst ausgehändigt, nachdem er Wechsel von Gräbner und Röder als Dedung hinterlegt und versichert hatte, damit eine Zementfabrik für Herrn Emil Sauer kaufen zu wolle. Bankdirektor Schovj (Magdeburger Privatbank) erklärt, daß gegen eine Leistung von 337 000 Mark Sicherheiten dem Angeklagten ein Kredit von 300 000 Mark gegeben sei, da ange-nommen wurde, daß sämtliche Papiere Eigentum des B. seien. Wir hatten Ursache, uns nach dem Grunde zu erkundigen, warum B. vom Bankhaus Rug abging. Der selbige Blumermann Karl Peters, jetzt Gastwirt, hat dem Böttcher die Bücher gezeigt. Wenn Böttcher behauptet, es sei unwahr, daß ich ihn bereits 1906 auf eine Unterbilanz von 51 000 Mark aufmerksam machte, so ist dies eine Lüge. Eine Reihe Zeugen tritt auf, die von B. schwer geschädigt wurden. Die Zeugin Anna Fuhrmeister, die mit dem Angeklagten nach Amerika fuhr, weiß überhaupt nicht, ob sie in Amerika oder England gewesen sei. Sie habe nicht gewußt, daß Böttcher das letzte Geld bei sich hatte und überschuldet sei. Ihre Aeren seien demnach gerätet, daß sie sich von dieser Zeit nichts mehr entsinne. Der Chemann Fuhrmeister gibt an, daß er seiner Frau nur eine Reihe nach Dresden mit B. gestaltet habe. Ueber die jetzige Vermögenslage gibt Sachverständiger Hingz an, daß 700 000 Mark Forderungen angemeldet seien, wovon 313 000 Mark anerkannt werden konnten. Die Grundstücke sind vom Angeklagten mit 90 000 Mark höher gebucht, als beim Verkauf erzielt wurde. In der Masse liegen voraussichtlich 15 Prozent. Nachdem Staatsanwalt und Verteidiger gesprochen haben, erfolgt die Rechtsbelehrung. Der Ob-mann der Geschworenen verkündet, daß die Frage nach betrügerischem Bankrott bejaht, die Frage nach Depotverpfändung verneint ist. Ebenso verneint ist die Frage nach milderen Umständen. Der Staatsanwalt beantragt eine Buchstausstrafe von drei Jahren sechs Monaten und 5 Jahre Ehrverlust, stellt jedoch anheim, 6 Monate durch die Untersuchungszeit als verbüßt zu be-trachten. Das Urteil lautet auf 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, durch die Untersuchungszeit werden 6 Monate als verbüßt erachtet. —

Schuhwaren - Total - Ausverkauf

Endenburg, Gesehlfstr. 11
früher G. Hoy.

Da Grundstück und Geschäft in andre Hände übergehen, wird der gesamte Warenbestand spottbillig ausverkauft.

Braune Damen-Goodyear-Weltstiefel . . . 9.50 Mk.
Wozzall-Herren-Grassstiefel, Ia. . . 9.00 Mk.
Wozzall-Kinder-Knopf- u. -Oesenstiefel, 27-30 4.50 Mk.
31-35 5.00 Mk.
Kohleder-Knopf- und -Oesenstiefel 27-30 3.00 Mk.
31-35 3.50 Mk.

Alle andern Sachen auch spottbillig.
Günstige Gelegenheit für jeden Einkäufer.

Sarg-Fabrik u. -Magazin

Richter & Voigt

Jacobstraße 49 — Fernsprecher 3147 — Jakobstraße 49
— Mitglied des Feuerbestattungsvereins — 5537

Spezialgeschäft aller Bestattungs-Gegenstände
Beerdigungsanstalt — Leichentransporte — Feuerbestattung
Trauerdekorationen.

Wahlkreis Wolmirstedt - Neuhaldensleben.

Generalversammlung des Sozialdemokrat. Vereins

Sonntag den 2. August, vormittags 11 Uhr
in **Rothensee** im Lokale von **Herrmann**, am Elbdamm.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Wahl der Mandatsprüfungskommission.
2. Vorstands- und Kassenbericht.
3. Berichterstattung sämtlicher Bezirke.
4. Bericht des Preis-Kommissionsmitglieds.
5. Aenderung der Statuten.
6. Festsetzung der Entschädigung für Unterkasserer.
7. Besondere Anträge.
8. Wahl eines Delegierten zum Parteitag.
9. Festsetzung des Vororts, Wahl des Vorstandes und der Revisoren.
10. Festsetzung des Ortes der nächsten Generalversammlung.
11. Verschiedenes.

Etwaige Anträge, welche veröffentlicht werden sollen, müssen 14 Tage vor dem Stattfinden der Generalversammlung beim Vorstande schriftlich eingereicht werden. Zur Delegiertenwahl wird auf § 5 unseres Statuts verwiesen.

Mit Parteigruß
Die Kreisleitung.
J. A.: Bilg. Ludwig, Döbenstedt.

Dampferfahrt nach Grünwalde

des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte

am **Mittwoch den 22. Juli d. J.**

Abfahrt morgens 8 Uhr von der Strombrücke, 8 1/2 Uhr von Budau (Magistratsbrücke)

Karten sind bei sämtlichen Mitgliedern zu haben.

5813 Das Komitee.

Männerturnverein „Jahn“ Gross-Ottersleben.

Sonntag den 28. und Montag den 29. Juni 1908 im Lokale der **Witwe Strumpf**

21. Stiftungsfest

unter Mitwirkung der Vereine des 2. Bezirkes vom 2. Kreise des Arbeiter-Turnerbundes.

Sonntag den 28. Juni: Nachmittags 3 Uhr: **Festzug**, nachdem **Grosses Schauturnen** der Damen- und Herrenreigen. Von abends 8 Uhr an **Grosser Ball.**

Montag den 29. Juni: Nachmittags 3 Uhr: **Grosses Kinderfest.** Von abends 8 Uhr an **Ball.** Während desselben Aufführung eines Dekorationsreigen, ausgeführt von 16 Turnern und 16 Turnerinnen.

Ergebnis ladet ein **Das Festkomitee.**

Wahlkreis Oscherleben - Halberstadt - Wernigerode.

Auf Grund des § 5 unseres Statuts berufen wir hiermit unsere diesjährige

Ordentliche Generalversammlung

zum **Sonntag den 2. August, vormittags 11 Uhr**, nach dem **Volksgarten** in **Wernigerode** ein.

Provisorische Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht der Filialen.
3. Agitation und Organisation.
4. Der Parteitag in Nürnberg und Wahl eines Delegierten.
5. Anträge.
6. Vorstandswahl und Festsetzung des Ortes der nächsten Generalversammlung.

Nach § 6 des Statuts ist jedes Mitglied des Vereins berechtigt, Anträge zur Generalversammlung zu stellen; diese Anträge müssen bis zum 18. Juli bei dem Unterzeichneten eingegangen sein. Wir erfinden die Genossen aller Orte unseres Wahlkreises, Stellung zur Generalversammlung zu nehmen und die Wahlen der Delegierten zu veranlassen. Nach § 8 Abs. 2 des Statuts kann jeder Ort für je 50 Mitglieder durch einen Delegierten vertreten sein.

Halberstadt, den 26. Juni 1908.

Mit Parteigruß
J. B.: Wiltz. Keller, Braunschweiger Straße 29.

Nach langer, schwerer Krankheit entschlief meine innigst geliebte Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Therese Bock geb. Dirk

im 44. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetriibt an

Die trauernden Hinterbliebenen

Karl Bock u. Töchter.

Die Beerdigung findet Sonntag mittag 12 Uhr von der Leichenhalle des Budauer Friedhofs aus statt.

649

Omniafahnen, große und kleine, werden angenommen. Hilpert, Kl. Weinhofstr. 1, Teleph. 4689.

Frdl. möbl. Jim. od. Bogis. sep. Eing. Kl. Klosterstr. 3/4, vorn 2 Treppen.

Zimmer zu vermiet. Feldstr. 17, 2 Tr.

Mag Trümpelmann mit **Hilburg** **Storch.**

Geburten: Ilse, T. des Schriftsetzers **Albert Hohoff**, Bruno, S. des Arbeiters **Heinrich Thormeyer**, Gertrud, T. des Kaufmanns **Ernst Hellf.** Ernst, S. des Hausdieners **Otto Gessing**, Ilse, T. des Kaufmanns **Hermann Rosenh.** Hedwig, T. des Schneiders **Adolf Jork.**

Todesfälle: Ehefrau des Arbeiters **Gustav Franz**, Auguste geb. König, 53 J. 7 M. 14 T. Oberlehrer **Professor Johannes Klemming**, 53 J. 6 M. 19 T. Unverehel. **Blätlerin Margarete Ditschowski**, 18 J. 5 M. 22 T. **Charlotte**, T. des Vikarars **Heinrich Otto Koch**, 4 M. 11 T. **Elisabeth**, unehel., 2 T. **Gotgeb.** T. des Arbeiters **Hermann Koch.**

Sudenburg, 25. Juni.

Aufgebote: Arbeiter **Urban Wilhelm Fischer** mit **Minna Emma Böhm.**

Geburten: Egon, S. des Ingenieurs **Felix Kahleß**, Kurt, S. des Schlossers **Willi Reinschagen**, **Wilhelme**, T. des Kaufmanns **Franz Bogert.**

Todesfälle: Ingenieur **Otto Drog.**, 31 J. 7 M. 25 T. **Elisabeth**, T. des Arb. **Wb. Brosch**, 1 M. **Glasarbeiter Arno Brosch**, 42 J. 6 M. 16 T.

Budau, 25. Juni.

Geburten: Wolfgang, S. des Fabrikbesizers **Otto Grafen**, **Erich**, S. des Eisen-Schaffn. **Karl Reimede**.

Todesfälle: Theresia, Ehefr. des Drehers **Karl Bod.**, 43 J. 7 M. 5 T. **Hans**, S. des Hilfsbreiters **Karl Wote**, 10 M. 11 T.

Neustadt, 25. Juni.

Aufgebote: Steinbrücker **Johann Ernst Stadelmann** mit **Agnes Luise Gängler.**

Geburten: Helene, T. des Arbeiters **Karl Braune**, Kurt, S. des Schlossers **Louis Schettler**, **Paul Wilhelm**, S. unehelich, **Willi**, S. des Arb. **Hermann Ruzmann.**

Todesfälle: **Wibbeth**, T. des Arb. **Karl Wähms**, 11 M. 23 T. **Helene**, T. des Schneiders **Emmal Müller**, 5 M. 25 T. **Erich**, S. des Schlossers **Robert Specht**, 1 M. 7 T. **Ernst**, S. des Maurers **Ernst Färing**, 10 T.

Nachruf.

Am 25. Juni vormittags 8 Uhr starb im altstädtischen Krankenhaus unser Mitglied, der **Bäder**

Gottfried Alleben

im 56. Lebensjahr an der Proletarietkrankheit. Die Mitglieder werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand des Sozialdemokrat. Vereins.

Die Beerdigung findet am Sonntag mittag 12 1/4 Uhr von der Leichenhalle des Neustädter Friedhofs aus statt.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und den reichen Kranzgesand beim Begräbnis meines lieben Mannes **Fritz Hörstel** sage ich hiermit meinen besten Dank. Insbesondere danke ich dem Vorstand der baugewerblichen Hilfsarbeiter und dem Sozialdemokratischen Verein für das letzte Geleit.

650

Franz Wwe. Hörstel geb. Klanc.

Dankfagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis unserer lieben Mutter **Witwe**

Luise Fällner

sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, die den Sarg mit Blumen schmückten, unsern innigsten Dank.

655

Sie trauernden Hinterbliebenen.

Standesamt.

Magdeburg-Alstadt, 25. Juni.

Aufgebote: Korresp. **Alfred Kramer** in **Blauen** mit **Jda Kund** hier. **Gepr. Maschinist Hermann Rejner** mit **Emma Meijner**. **Kon-** **ditor Otto Paul Braunsdorf** hier mit **Helene Marie Luise Haberland** in **Stahfurt**. **Monteur Gustav Karl Umlang** in **Fernersleben** mit **Jda** **Wilhelmine Klaus** in **Frleben**. **Magistrats-Bureaugehilfe Theodor Blumenberg** mit **Wolke Wolff**.

Eheschließungen: **Eisenb.** **Schlosser Reinhold Spanner** mit **Marie Härtling**. **Kaufmann Gust** **Breyer** mit **Berta Knoch**. **Pfarrer**

Konsumverein Galbe a. S.

Der Inventur

wegen bleiben am **Mittwoch den 1. Juli** bis mittags sämtliche Materialwarenlager geschlossen. **Donnerstag den 2. Juli** bis Ende der Woche bleiben ebenfalls das Schnittwarenlager geschlossen.

Markenabnahme

am **Montag den 6. Juli d. J.** während der Geschäftsstunden in den Materialwarenlagern.

Der Vorstand.

Für Brautleute

Günstige Gelegenheit!

Einzelne Möbel, wie ganze Ausstattungen, Kleinföbel zu noch nie dagewesenen Preisen in der 5501

P. Eichnerschen Konkursmasse

und andre Waren.

Wilhelmstadt, Gr. Wiesdorfer Str. 6
Nähe des Hauptbahnhofs.

Anzüge und Paletots nach Maß

32 5527

von 32 Mark an aus englischen und prima deutschen Stoffen.

Meine ständigen **Gelegenheitskäufe** in erstklass. modernen Stoffen und **Stoffresten** kommen, unverteuert durch überflüssige Geschäftsspesen, meiner Kundschaft zugute.

Billig! Schuhwaren

Schmidtstr. 44

Herren-, Damen-, Kinderschuh u. -stiefel in **Cheveau**, **Boxcall** und andern Sorten **Leder**, **Püschsecken** und -pantoffel, auch aus **Konkursmassen** stammende Waren **billig** nur **44 Schmidtstrasse 44**

Wer liefert **Hansarbeit** im **Zigarettenmachen**? **Wf** u. b. 648, **Soitstr.**, **Gr. Münzstr. 3**

Jeden **Sonabend** **frische** **Wurst** bei **Emil Eckstein**, **Neustadt**, **Schmidstraße 29**, 5349

Nur echte

Henkels Bleich-Soda

Garantirt chlorfrei

gibt hellere und weisse Wäsche

L. Mannheimer

Breiteweg 120, I., Ecke Braunehirschstr.

Reelle Massverarbeitung. Vornehmer Sitz. Beste Zutaten.

Wernigerode, Westernstr. 24

Tapeten

kaufen Sie gut und billig bei

Johannes Brüning

Tapeten-Spezialgeschäft.

Abonnenten dieser Zeitung gewähre ich 10 Proz. Rabatt.

Burg. Angekammtes Burg- **Haar** **höchsten Preise** **Arter** **Rendel**, **Barbier** und **Frisier**, **Magdeburger** **Strasse 15**, 5810

Burg. Frische Wurst und **Knoblauchwurst**. **Franz Schmidt**, **Kolonie 14**.

Burg. Markt 20 **Burg. Fabrik** **Die größte Auswahl in** **Fabrik** **Empfehle:** **Fahrräder** . . . v. 68 Mk an **Mähmaschinen** v. 60 Mk an **Reparaturgeschäft** in **Haus**. **Heinrich Schulze**.

Fertige Muffelkleider für 14, 16, 18 und 20 Mk, neu, nach **Mod** **Kost** **Gefäß** **Wolff-Str. 29**, pt. 562

Billige Fleisch-Offerte!

Pa. Schweinefleisch **Bauch** 60 Pf., **Schinken** 70 Pf., **Rochen**, **Carbonade** . 75 Pf., **Pa. gehackte Schweinefl.** 75 Pf., **654 Pa. Rot-, Leber- und Salzwerk** 70 Pf.

Schmelzerei Kurfürstenstr. 31.

Konsumverein für Quedlinburg u. Umg.

Generalversammlung

Montag den 29. Juni, abends 8 Uhr, im **Restaurant „Stadtpark“**, **Wabersstr.**

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht vom ersten halben Jahre.
2. Bericht vom Genossenschaftstage.
3. Antrag der Verwaltung zur Errichtung einer Sparte.
4. Geschäftliches.

Das Erscheinen aller Mitglieder mit ihren Frauen ist notwendig.

Der Aufsichtsrat.
Hermann Simon, Vorsitzender.

Wolmirstedt

Die Monatsversammlung des Familienvereins findet am **Sonabend** den **27. Juni**, abends 8 1/2 Uhr, in unserem Vereinslokal **„Brauner Hirsch“**, **Elben**, **Inhaber:** **Karl Kurze**, **stätt.** **Recht** **zahlreiches** **Erscheinen** **ist** **erwünscht.**

5804 **Der Vorstand.**

Barleben. 5779 **Barleben.**

Sonntag, 28. Juni, im **Gewerkschaftshaus**

Gewerkschaftsfest

Nachmittags 3 Uhr **Umzug** **Im Garten** **Konzert**

7 Uhr an Ball — **Abends:** **Abbreuen** **eines** **Feuerwerks.**

Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Durch einen Sturz in einer Barre zu Groß-Ottersleben zog sich am Freitag vormittag der Maurer Andreas Meinede aus Bennedebel schwere innere Verletzungen zu. Näheres kann erst durch eine angeordnete Durchleuchtung mit Röntgenstrahlen festgestellt werden. Da man an der Unfallstelle von dem Vorhandensein von Sanitätswagen in Magdeburg anscheinend keine Kenntnis hatte, wurde der Schwerverletzte auf einem herbeigeholten Ackerwagen auf Strohhalm gebettet und so dem Subenburger Krankenhaus zugeführt.

Victoria-Theater. Auf das heute nachmittag von 3 Uhr an stattfindende Garten-Kinderfest, verbunden mit Theater-Vorstellung „Der kleine Lord“, sei hiermit nochmals ganz besonders aufmerksam gemacht. Preise der Plätze sind: Orchesterloge, Proszeniumstoge und Sperrpl. 40 Pf., alle übrigen Plätze 30 Pf., Gartentree 20 Pf.

Kleine Chronik.

Selbstmord zweier Bankiers.

In München haben sich die Inhaber der Bank-Kommandite Prometenadenplatz 16, Theodor und Max Klopfer, erschossen. Finanzielle Schwierigkeiten waren die Veranlassung des Doppelselbstmords. Beide Inhaber galten als Millionäre und genossen hohes Ansehen, doch war in letzter Zeit in eingeweihten Kreisen bekannt, daß die Firma mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Durch einen angewandten Coup suchten sie sich in allerletzter Zeit zu rangieren. Das Mißlingen dieser Aktion fällt mit dem Selbstmord fast zeitlich zusammen. Die Gebrüder Klopfer waren fast an allen Münchner Terrängegesellschaften beteiligt, auf die der Zusammenbruch der Firma nicht ohne Folgen bleiben dürfte.

Eine erregte Theaterjünger.

Aus Hamburg wird berichtet: Im hiesigen Thalia-Theater kam es bei der Aufführung des „Walzertraums“ am Donnerstag zu einer bedauerlichen Differenz zwischen dem Direktor Preger und der Darstellerin der „Franzi“, Fräulein Mizi Wirth. Am Schluß des zweiten Aktes trat Fräulein Wirth vor den Vorhang und erklärte, sie sei durch den Direktor Preger soeben während der Vorstellung so erregt worden, daß sie nicht weiter spielen könne. Sie bitte deswegen das Publikum um Entschuldigung. Sie begab sich darauf in ihre Garderobe und verfiel in einen Weinkrampf. Ein sofort hinzugezogener Arzt stellte fest, daß sie infolge ihrer Erregung nicht weiter spielen könne. Beim Verlassen des Theaters wurde Fräulein Wirth von dem zahlreich versammelten Publikum mit Hochrufen empfangen, die von der Beliebtheit der Künstlerin Zeugnis ablegten.

Geständnis eines Mörders.

Der Mord an der Engländerin Miss Lake, der im Oktober 1906 im Offener Stadtviertel verübt wurde und schon zweimal Gegenstand gerichtlicher Verhandlungen war, scheint jetzt geklärt zu werden. Der 19jährige Arbeiter Reinhardt, der gegenwärtig im Gefängnis zu Lina eine längere Strafe verbüßt, hat eingestanden, an der Ermordung der Miss Lake beteiligt gewesen zu sein. Reinhardt ist bereits die dritte Person, die sich selbst des Mordes an der Miss Lake bezichtigt.

Der Mann im Schlafzimmer.

Aus Allenstein wird folgendes Geschichtchen berichtet: Friedlich lag in der Nacht zum Freitag die Warthauer Straße da, nur das Geräusch der regelmäßigen Schritte des patrouillierenden Polizeibeamten löste durch die Straße. Mächtige Stille, tiefer Friede. Da plötzlich stürzt unter gellenden Ruf: „Hilf! Polizei! Ein Mann!“ eine junge Dame aus einem Hause. Entsetzt schaut sie — die nur aus nochdürftigster Bekleidung ist — auf der Straße nach Hilfe aus. Und die Hilfe ist da. Schon steht der Polizeibeamte vor ihr, dem sie, zitternd vor Erregung, mitteilt, daß ein unbekannter Mann sich in ihr Schlafzimmer eingeschlichen habe. Ohne Zögern eilt sofort der Polizeibeamte ins Haus, sucht die Zimmer ab, sucht den Flur ab, aber findet nichts. Nirgends ist etwas von einem unbekanntem Eindringling zu sehen. Die Dame macht plötzlich ein ganz merkwürdiges Gesicht, reißt sich die Augen und erklärt dem Beamten, der achselzuckend feststellt, daß nirgends ein Unbekannter zu finden sei: „Ach, entschuldigen Sie — ich habe das alles ja nur geträumt und jetzt bin ich erst richtig wach geworden!“ Wie entsetzlich muß das arme Mädchen leiden, wenn es selbst in seinen Träumen vom Manne verfolgt wird!

Eine Familientragödie.

Die ehelichen Tragödien häufen sich in der letzten Zeit in Berlin. Am Mittwoch nachmittag spielte sich ein Familien drama in der Prenzlauer Allee 6 ab. Dort erschoss der 36jährige Schlosser Feder seine um ein Jahr jüngere Ehefrau und tötete sich dann selbst durch einen Revolverbeschuß.

Diga Molitor gegen Paul Lindau.

In dem Prozeß gegen den bekannten Schriftsteller Dr. Paul Lindau, der wegen Beleidigung des Fräuleins Diga Molitor vor der Strafkammer des Landgerichts Karlsruhe verhandelt wurde, ist es nach langen Erörterungen zu einem Vergleich gekommen. Der Beklagte, Dr. Paul Lindau, gab eine Ehrenerklärung ab, worauf der Strafantrag zurückgezogen und das Strafverfahren gegen Lindau durch Gerichtsentcheidung eingestellt wurde. Dr. Paul Lindau übernimmt sämtliche Kosten.

Mit Mann und Maus untergegangen.

Das Segelschiff „Aktiv“ ist auf Mooren gestrandet und untergegangen. Die Besatzung flüchtete in das Schiffsboot und suchte die Küste zu erreichen. Die Sturzwelle spülte aber alle Schiffbrüchigen über Bord, und alle ertranken.

In schrecklicher Lage.

Auf einer in der Nähe der ungarischen Stadt Kecskemet gelegenen Buhta ereignete sich ein schrecklicher Unglücksfall. Der Landwirt Alexander Szabo hatte seine Wohnung verlassen, um sich auf längere Zeit zu den Erntearbeiten zu begeben. Nach seinem Weggehen wurde seine 27jährige Frau vom Herzschlag getroffen. Sie stürzte bei der Tür zu Boden, und ihr Körper verammelte den Ausgang dermaßen, daß die drei kleinen Kinder des Landwirts, deren ältestes 4½ Jahre, das jüngste 2 Monate zählt, nicht herauskamen. Erst nach vollen 36 Stunden, als die Schweine Szabos vor Hunger aus dem Stalle liefen, wurden die Nachbarn auf die Stille im Hause des Landwirts aufmerksam. Sie öffneten die Wohnung und fanden den Leichnam der Frau, der schon in Verwesung überging. Die zwei größeren Kinder lagen ohnmächtig auf dem entleerten Körper der Mutter. Der Sühling in der Wiege lebte noch, starb aber nach einigen Stunden infolge von Entkräftung. Die beiden anderen Kinder werden ärztlich behandelt.

Letzte Nachrichten.

Die Eröffnung des Landtags.

Hd. Berlin, 26. Juni. (Sign. Drahtb. d. „Volkstimme“.) Heute vormittag um 11 Uhr wurde der preussische Landtag durch den Ministerpräsidenten, Fürsten Bülow, eröffnet. Der Ministerpräsident verlas eine Verordnung des Königs, in der die Vorlage eines Gesetzentwurfs über die Befolgung der evangelischen Geistlichen angekündigt wurde. Bülow trift mit, daß der König hoffe, im Herbst den Landtag persönlich begrüßen zu können.

Hd. Berlin, 26. Juni. Im Saale des Abgeordnetenhauses hatten sich heute vormittag die Mitglieder beider Häuser zur Eröffnung des Landtags sehr zahlreich versammelt. Um 11 Uhr betrat das Staatsministerium den Saal. Der Ministerpräsident Fürst v. Bülow verlas darauf folgende königliche Botschaft: „Der Kaiser und König haben mich zu beauftragen geruht, den Landtag der Monarchie zu eröffnen und am Beginn des neuen Abschnitts der parlamentarischen Arbeiten in meinem Namen willkommen zu heißen. Se. Majestät hoffen, im Herbst dieses Jahres den Landtag persönlich begrüßen zu können.“

Nachdem das Abgeordnetenhaus durch die allerhöchste Verordnung vom 1. Juni 1908 aufgelöst worden ist, sind in Ausführung des Artikels 51 der Verfassung beide Kammern gegenwärtig versammelt worden.

Ein Gesetzentwurf über die Erhebung von Abgaben durch die evangelischen Landeskirchen wird ihrer Beschlußfassung unterbreitet werden. Er soll dazu dienen, innerhalb der von den kirchlichen Instanzen beschlossenen Gehaltsaufbesserungen den bedürftigsten Geistlichen schon jetzt Vorschläge zuwenden zu können.

Auf Befehl des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Der Präsident des Herrenhauses, Freiherr von Manteuffel, brachte hierauf das Hoch auf den Kaiser aus, in das die Versammelten begeistert einstimmten.

* Berlin, 26. Juni. Der Entwurf einer Strafrechtsreform, der dem Bundesrat Ende des nächsten Monats zugehen soll, bringt, wie das „V. L.“ im Reichsjustizamt erfahren hat, eine „grundlegende Reform“ der Verurteilung. Von den übrigen weniger wichtigen Punkten des Inhalts der Reform sei erwähnt, daß das Gesetz eine Beschränkung der Verurteilung und die Einführung des Nachweises vorsieht. Ferner wird die Vorlage Bestimmungen enthalten über den Ausschluß der Öffentlichkeit für bestimmte Fälle. Endlich wird die Strafrechtsreform Vorschriften aufweisen, die auf eine mögliche Schonung des Zeugen hinstellen und ihn vor wirtschaftlichem Schaden bewahren wollen. Der Inhalt der Vorlage soll, sobald diese dem Bundesrat zugegangen ist, veröffentlicht werden. — Die „grundlegende Reform“ wird in manchen Punkten aus einer kräftigen Rückwärtsbewegung bestehen. Darunter wird besonders die Öffentlichkeit des Verfahrens zu leiden haben. —

Hd. Berlin, 26. Juni. Der vor einigen Tagen unter dem Verdachte, den Knabenmord im Stadtwald Köln-Bindenthal verübt zu haben, verhaftete 16jährige Laufbursche einer hiesigen Buchbinderlei hat jetzt vor dem Untersuchungsrichter den Mord eingestanden. Er habe den Knaben mit den Händen erbrockelt und an einem Baum aufgehängt, um Selbstmord vorzutäuschen.

Hd. Parma, 26. Juni. Die Industriellen haben beschloffen, die Arbeiter auszusperrn. Von diesem Beschluß werden insgesamt 3000 Arbeiter betroffen. Die Arbeitsbehörde hat ein Referendum beschloffen, um festzustellen, ob die Arbeiter, die dem Syndikate angehören, bereit sind, den Generalausstand wieder zu erklären als Antwort auf diese Aussperrung. In Ancona wurde bereits der allgemeine Ausstand proklamiert. Die öffentlichen Gebäude werden von Truppen besetzt. —

Hd. Saloniki, 26. Juni. In Monastir meuterten Soldaten, die ihre Entlassung forderten. Dabei wurde ein Offizier erschossen und einige Soldaten verwundet. Vier gefesselte Soldaten wurden mit starker Eskorte hierher gebracht. —

Hd. Petersburg, 26. Juni. Der Senat entschied in einer Beantwortung einer Anfrage eines Gouverneurs, daß Mitglieder von Parteien, die gegen die Regierung wirken, nicht Wahlposten in den Wobels- und Landchaftsorganisationen wie in den Stadtverwaltungen bekleiden können. Da die Anfrage sich auf einen der Kadettenpartei angehörigen Kreis-Wobelsmarschall bezog, so wird von dem Senat die Kadettenpartei endgültig als regierungsfreundlich und staatsverbrecherisch erklärt. —

Vereins-Kalender.

- Zentralverband der deutschen Böttcher. Am Sonnabend den 27. Juni, abends Punkt 8 Uhr, Extra-Mitgliederversammlung im „Sachsehof“ 421
- Verband der Dachdecker. Am Sonnabend den 27. Juni, abends 7½ Uhr, Versammlung bei Herr. Knochenhauerstr. 18. 411
- Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter Hamburg (G. P. 29), Filiale Eubenburg. Sonntag den 28. Juni, vorm. 11 Uhr, Generalversammlung bei Hb. Naumann, St.-Michael-Sir. 407
- Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter Hamburg (G. P. 29), Filiale Magdeburg. Am Sonnabend den 27. Juni d. J., abends 9 Uhr, Versammlung im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38. 407
- Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund, Ortsgruppe Magdeburg. Montag den 29. Juni im Vereinslokal Übungsstunde. 423
- Wiederth. Familien-Verein. Sonnabend den 27. Juni Versammlung. 422
- Oberstedt. Freireligiöser Verein. Sonntag den 28. d. M., nachm. 4 Uhr, Generalversammlung im Lokale von Eheide. 418
- Leimbörsch. Sozialdemokratischer Verein. Am Sonntag den 28. Juni, vorm. 11 Uhr, Mitgliederversammlung bei J. Casar. 418
- Schönebeck. Arb.-Gesangverein Freie Sänger. Sonntag nachmittag 3 Uhr Versammlung im „Wiener Restaurant“, Königsstraße 16. 416
- Schönebeck. Freie Turnerschaft (M. L.). Sonntag den 28. Juni zur Abfahrt nach Groß-Ottersleben Punkt 1 Uhr auf dem Bahnhofe. 419
- Burg. Zentralverband der Maschinisten und Feizer. Versammlung am Sonntag den 28. Juni, nachmittags 3½ Uhr, im Restaurant zum Hagen. 419

Wettervorhersage.

Sonnabend den 27. Juni: Nordwestwind, wolkig, ziemlich kühl, zeitweise leichte Niederschläge. —

Aus dem Geschäftsverkehr.

Rennerbericht. Telegramm aus Zürich. — Der Berliner Arbeiter Stellbrink gewinnt in überlegenem Stil den Preis von 5000 Mark, ein Stundenrennen hinter Motorschrittmachern sowie das 10-Kilometer-Rennen auf Dreunador. 5586

H. Esders & Co.

Breiteweg 45-47.

Für die Reise Leichte Sommerkleidung

Für Herren und Knaben:
Leichte Anzüge für Reise, Sport und Tennis.

Wasch- und Lüster-Joppen
Wasch- und Lüster-Anzüge

Imprägnierte Herren-Capes.

Wasch-Blusen und -Anzüge
Wasch-Kittel und -Anzüge

Kieler Wasch-Blusen
Kieler Anzüge
Wasch-Höschen

Imprägnierte Knaben-Capes.

Billige Preise.

Größte Auswahl am Platze.

Anfertigung nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz.

Krawatten, Wäsche, Sporthemden, Makko-Unterzeuge, Sportartikel, Strohhüte, Panamahüte, Sport- u. Reisemützen, Stöcke, Schirme

Excelsior-Räder

erhalten Sie in jeder Preislage bei größter Auswahl zu fulantem Bedingungen. 5721

Fernsprecher 4944. Albert Brennecke. Magdeburg-S. In Fernersleben, Schönebecker Straße 36. Begr. 1894.

Stuhl. Kleiderchränke 48 Mk. Stuhl. Bettlos 48 Mk., Sofa-Facette und Steg 34 Mk., Bettstelle mit guter Matratze nur 34 Mk., Wolzenstühle, Harter Fuß, 5.50 Mk., Küchenchränke 23 Mk., Küchenstisch 8.50 Mk., Anrichte mit gutem Fuß 23 Mk., sowie Ausstattungen bis 3000 Mk. kauft man billig im **Grossen Etagen-Möbel-Aussteuer-Magazin in Magdeburg, Breiteweg 124, I., II., III., IV. Etage.** Transport bei ganzer Ausstattung 5 Stunden im Landkreis per Achse franco. Hauptprinzip: großer Umsatz, kleiner Nutzen und keine Gadenmiete gibt es bei mir. 5508

Zigarren,

Zigaretten, Rauch- und Kautabako
kaufen Sie wirklich gut bei 5553

Konrad Kobitz, Kaiserstrasse Nr. 106.
Filiale: Johannisberg 15, Vertreter Karl Thurer.

Hermann Ohlrogge

Tuchversandhaus Norddeutschland
Himmelreichstrasse 23

**Herren- u. Knaben-
Anzugstoffe**
Damentuche, Kostümstoffe usw.

Grösste Auswahl! —
Bekannt billigste Preise!

Im Ausverkauf
noch reichhaltige Auswahl!

5572



Wenig gebrauchte Nähmaschinen
zum Preise von 25—60 Mk.
Neue Nähmaschinen unter Garantie
in billigster Preislage.
A. Rose, Breiteweg 264
(Scharnhorstplatz).
Bestes seit 1865 besteh. Geschäft dies. Branche.
Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen
aller Art zu billigsten Preisen. 5490

Fahrräder Näh-, Wasch- und Wringmaschinen

(Britzner, Nova und Reform)
auch auf Teilzahlung zu billigsten
Preisen mit mehrjähriger Garantie

A. Bock, Sudenburg
Halberstädter Straße 104.

Filiale: 5809
Groß-Ottersleben, Frankestr. 71.

Reparaturen sämtlicher Maschinen
in eigener Werkstatt. Vernickelung,
Emailfierung, Flüßebrennerei.

Sohlleder - Ausschnitt

sowie sämtliche Schuhmacher-Bedarfs-Artikel
zu den billigsten Preisen empfiehlt

Joseph Kullmann
vormals Röder & Drabant
25 Jakobstrasse 25.

Réunion-Zigarette

Vineta 30 = 3 Pfg.

Feinste Handarbeit 5704

Genau nach Kairo-Art!

Nur
einige
Tage!

Unerreicht
billiges
Angebot!!



Um
damit zu
räumen!

Unerreicht
billiges
Angebot!!

Farbige Kinder-Stiefel echt Schagrin, soweit Vorrat 3.50 3.00 2.75

Knobler-Kinder-Stiefel gute, solide Qualitäten 3.25 2.75 1.75

Borcoll-Kinder-Stiefel elegant und leicht 4.50 4.00 3.50 2.75

Farbige Kinder-Spangenschuhe 31-35 2.00 27-30 1.75

Damen-Lasting-Schuhe 1.00

Damen-Ledertuch-Pantoffel 75 Pf.

Damen-echt Chevr.-Schnürstiefel alle Größen jedes Paar 6.25

Herren-Regeltuch-Schnürschuhe 1.50

Herren-Stoff-Hauschuhe gewaschen Saub. 1.50

Herren-Wickleder-Zug-, Schnür- u. Schnell-Stiefel jedes Paar 3.75

Herren- und Damen-Pantoffel 20 Pf.

hochleg. farb. Herren- u. Damen-Stiefel weit unter Preis!

Julius Petzon Gelegenheits-
Kaufhaus
Kronprinzenstr. 3 Nur erste
Tage.

Möbel- Ausverkauf

Wegen Aufgabe des Ladens
Jakobstraße 12
sind sämtliche Möbel
10—25 Prozent
herabgesetzt.

Es bietet sich Gelegenheit,
wirklich gute Möbel billig zu
kaufen. Kompl. Einrichtung,
v. 200 Mk. an. Salons,
Speisezimmer, Herren-
zimmer, Schlafzimmer,
Küchen in allen Farben
vorrätig. 5796

O. Schüler
Tischlermeister
Jakobstraße 12 und Bogel-
grißstraße 6.

Ein Tor

in jeder, der sich nicht mit der echten
Stedenpferd-Fillemilch-Seife
v. Bergmann & Co., Radbeul
mit Schutzmarke: Stedenpferd, wäscht.
Diese erzeugt ein zartes reines Ge-
sicht, ruhiges jugendliches Aussehen,
welche samtweiche Haut u. blendend
schönen Teint. 5523

à St. 50 Pf. in Magdeburg:
Richard Jurosch, Altmarkt 23.
Richard Jurosch, Tischlerbrücke 22.
Hennenberg u. Co. Hl., Wilhelmstr. 19.
Sikoria-Apothek., Kaiserstr. 94 b.
Friedrich-Apothek., Breiteweg 124.
In Sudau: Schwaben-Apothek.,
Schwaben-Apothek.,
Wilhelmstr.: Ray Kühn, Drog.
Ray Schmidt, Drog.
Sudenburg: Hugo Starckhoff,
Gr. Ottersleben: Hugo Starckhoff.

Rechts. Kleiderstr. 48 4
Rechts. Bertke 48
Rechts. Pfeilerstr. 26
Drogerie 36
Spezial 3
Tischlerei Vogelsgr. 6.

Raucher bevorzugen



Zigarettenfabrik TUMA Dresden

Unter uns

gefagt, die beste med. Seife ist die echte
Stedenpferd-Teerschwefelseife
v. Bergmann & Co., Radbeul
mit Schutzmarke: Stedenpferd
gegen alle Arten Hautunreinig-
keiten und Hautanschläge, wie
Miteffer, Finnen, Flechten,
Bläschen, rote Flecke u. 5528
à St. 50 Pf. in Magdeburg:
Victoria-Apothek., Kaiserstr. 94 b.
Richard Jurosch, Tischlerbrücke 22.
Bernh. Bienrich, Victoriastr. 1.
Anna Storch, Breiteweg 225.
In Sudau: Schwaben-Apothek.,
C. F. Semm.
Neustadt: Kaiser-Apothek.,
Sudenburg: Hugo Starckhoff.

Räumungshalber gebe ich heute

Korbkäse Stk 15 3
Spitzkäse 3 Stk 40 3
zum Verkauf.

Vinzent Warzonski
Schöneb. Str. 14.
Gr. Diesd. Str. 218.
Breiteweg 254
Lübeder Str. 115. 5803

Anzüge u. Paletots

werden schid und sauber angefertigt;
wenn der Kunde den Stoff zugibt,
Anzug schon von 12 Mk. an
Friedrich Gruf 8
Kreuzhorststraße 8



Billards neu und
gebraucht,
Umtausch, Heberziehen, neue
Banden usw. billigt bei

Ernst Winning
Magdeburg, Gr. Diesd. Str. 232.

Blaue Kartoffeln . . Pfd. 6 Pf.
Nieren-Kartoffeln . . Pfd. 8 Pf.
Altm. Kartoffeln 10 Pfd. 35 Pf.
empfiehlt die Obst- u. Gemüse-Börse
Gr. Marktstraße 12

Für Brautpaare!

Komplette, neubaum furnierte
Bettungs-Einrichtungen 275 Mk.
hochlegante, selbstgefertigte, echt
neubaum Anstaltungen 408 Mk.
Einzelne Ersatzstücke spottbillig.
Rhein Möbeltschlerei
Branneburgerstraße 10.

**Sandalen
Strandschuhe
Turnschuhe
Stoffstiefel**
offiziert in größter Aus-
wahl bei billigsten Preisen

Wilhelm Coors
Sudenburg
Halberstädter Straße 116

Singer-Nähmaschine, tadellos
nähen, f. 12 Mk. u. verkauft. Goke,
Geldschmiedestraße 5, vorn 12. r.

Sonnabend 5694
Falsch u. Knoblauchwurst
und alle andern Würstwaren
Gast. Holzschauer, Schmidtstr. 8.

Sudenburg. 652 Sudenburg.

Jeden Sonnabend:
Pa. Schweinefleisch Schinken, Carbonade und 70 Pf.
ff. Rot- und Leberwurst, Sülze 80 Pf.
Gebäcktes und Schmalz beim ganzen 75 Pf.
Ferner empfehle: Schreibers Kaffee 1.00 u. 1.20
H. Voigt, Kurfürstenstrasse 32.

Karl Habners Restaurant

Buckau, Grusonstraße 6, Ecke Sudenburger Str.
Angenehmer Aufenthalt — Gut gepflegte Biere.
Bereinszimmer (bis zu 40 Personen fassend) ist noch einige
646 Tage in der Woche frei.

Hört! Hört!

Meinen werten Freunden und Bekannten sowie dem geehrten
Publikum von Buckau die ergebene Mitteilung, daß ich in Ver-
tretung des Herrn Heider das 5811

Restaurant zur guten Quelle

Feldstraße Nr. 60
übernommen habe und bitte um freundlichen Besuch.
H. Bock.

Stephanshallen

5472 Dir. Rich. Froberg
Abends 8 Uhr
Varieté-Vorstellung
Streng dezentes Programm
für Familien-Publikum

Restaurant z. Amboß.

Sieversdorferstraße 40.
Morgen sowie jeden Sonnabend
Gemüthlicher Skat-Abend
wogu ergebenst einladet M. Häfner.

Walhalla-Theater.

Verletztes
Gastspiel des Original-
Kölnener Possen-Theaters
Das rote Julchen
Gesangsspieler in 3 Akten.
Glänzender Erfolg!
Kleine Preise.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Viktoria-Theater.

Sonnabend den 27. Juni
3 Uhr nachmittags Gr. Kinderfest
4 Uhr nachmitt. Der kleine Lord
abends 8 Uhr
Alt-Heidelberg.

Flora.

Keine
Theater-Vorstellung

Eldorado

Gr. Junkerstraße 12.
Täglich abends 8 Uhr
Große Vorstellung

Nord-Orient-Truppe

(Das Leben und Treiben in
Marokko) und 5474
Deders Poffen-Ensemble.
Im Cabaret heitere Vorträge.
Angela Nadella
die beste Vortragemeisterin.

ZENTRAL- THEATER.

Heute Sonnabend:
Zum 10. Male

Die Dollar- Prinzessin.

Operette in 3 Akten von A.
M. Willner u. F. Grün-
baum. Musik von Leo Fall.
In Szene gesetzt von Direktor
M. Fregel.

Dirigent: Hugo Bend.
!! Beispielloser Erfolg!!

Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
— Ende gegen 11 Uhr. —

Morgen
und folgende Tage:
Die Dollar-Prinzessin.

Zirkus-Theater.

Heute Sonnabend 8 1/4 Uhr abends
Große Ausscheidungs-Ringkämpfe
zu den
Olympischen Spielen in London

Offen für alle Amateure Magdeburgs und Umgebung.
!!! Zurzeit sind die 30 Amateur-Ringer aus Turn-
besten hiesigen 30 Sport- u. dgl. Vereinen gemeldet !!!
Der Reingewinn wird zur Entsendung der Sieger zu den im
Juli in London stattfindenden Olympisch. Spielen verwendet.
Das Ringen findet in vier Gewichtsklassen statt.
Billetts zu haben bei Vereinsmitgliedern, Vorverkauf- und
Zirkuskasse. 5135

Morgen Sonntag, nachmittags 4 Uhr
Kinder- und Familien-Vorstellung!
(Theaterstücke, geeignet für Kinder.)

Entrée 15 Pf. für Kinder, Erwachsene 30 Pf. (mit Programm).
Abends 8 1/4 Uhr
Kostlos!
Der Geldbriefträger